

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 6 Heller Porto

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Er scheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang u. Derzeitung. Drag II, Práha 15 • Telefon: 20705, 31400, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33535 • Dohledami: 57544

13. Jahrgang. Freitag, 7 April 1933 Nr. 83.

„Haltet den Boykott aufrecht!“

Eine große Anzahl der führenden englischen Zeitungen, an ihrer Spitze der mutige „Daily Herald“, fordern, daß der Boykott Englands und der Welt Deutschland gegenüber unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß, „bis der Hitlerismus aus dem Sattel geworfen ist“. Dem deutschen Publikum sei „vorgelogen worden, der Juden-Boykott in Deutschland habe den Boykott der Kulturwelt gegen Deutschland zum Stillstand gebracht“; in Wahrheit aber hätten Hitler, der Brandstifter Goering und der Pöbelchef Röhm — diese „Dreieinigkeit einer Weltanschauung widerlichen Sadismus“ — das Jittern bekommen. „Wenn wir den Boykott durchhalten, bis alle Brutalitäten, ohne die die Hitlerleute ja gar nicht leben können, aufgehört haben, dann geht das braune System zum Teufel!“ Hitler soll an eigenen Leibe verschüme, was es bedeutet, wenn „der deutsche Export mit einem Schlage aufhören wird“.

Der Ausruf schließt mit den Worten:
„England erwartet, daß jeder seine Pflicht tun wird!“

Verein der Auslandspressen in Berlin gegen die Reichsregierung.

Am Mittwoch fand in Berlin die Generalversammlung des Vereines der Auslandspressen statt, in welcher der Vorsitzende, der Amerikaner Edward Mowrer, mitteilte, die deutsche Regierung habe beschlossen, den Verein solange zu boykottieren, solange Mowrer Vorsitzender bleibe. Der Grund zu diesem Verhalten der Reichsregierung sei Mowrers jüngst erschienenen Buch „Deutschland stellt die Uhr zurück“, welches das Mißfallen einiger Regierungsmitglieder erregt habe. Mowrer erklärte, er werde dem Ersuchen der Reichsregierung aus gesundheitlichen Gründen zurückzutreten, nicht stattgeben. Sein Standpunkt sei, daß Journalisten an der Freiheit ihrer Kritik nicht behindert werden dürfen. Im Anschluß an diese Erklärung bot Mowrer seine Demission an, die Generalversammlung beschloß aber mit 60 gegen 7 Stimmen die Demission abzulehnen.

Preußenlandtag weiter arbeitsunfähig.

Einberufung nach 24 Stunden wieder listiert. Berlin, 6. April. Der nationalsozialistische preussische Pressedienst hatte gestern die Einberufung des preussischen Landtages für den 8. April angekündigt. Diese Einberufung kam überraschend, da die nächste Sitzung ursprünglich erst für den 2. Mai mit der Tagesordnung „Wahl des Ministerpräsidenten“ anberaumt worden war. Die Einberufung gab zu verschiedenen Gerüchten Anlaß, daß erneut die Frage der Personalunion zwischen dem Reichspräsidenten und dem neu zu schaffenden Posten eines preussischen Staatspräsidenten, bzw. zwischen dem Posten des Reichslanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten aufgeworfen werden soll; nach anderen Meldungen sollte es sich um ein Ermächtigungsgesetz handeln.

Inzwischen hat jedoch der Präsident des preussischen Landtages die bereits anberaumte Plenarsitzung heute wieder abgesagt. Augenscheinlich ist es über diesen Frauen erneut zu Differenzen zwischen den beiden Regierungsparteien gekommen.

SA hilft dem Mittelstand.

Breslau, 6. April. In Wohlau erschienen bei einer Getreidehandlung zwei Männer in SA-Uniform und forderten die Herausgabe der Osthilfe-Akten. Der Geschäftsinhaber, seine Frau, seine Familienangehörigen und ein zufällig anwesender Bücherrevisor wurden mit dem Gesicht an die Wand gestellt. Als nach einiger Zeit ein Arbeiter das Geschäft betrat, waren die SA-Leute mit den Akten und 2000 Mark Bargeld verschwunden. Die Ermittlungen haben noch zu keinem Erfolg geführt.

Unerhörte Hetze des „Tag“.

Lügenmeldungen gegen die Sozialdemokratie. Nun aber Schluß!

„Der Tag“ vom 6. April bringt unter einem vierseitigen Titel die Behauptung, die französische Rüstungsindustrie lasse der französischen Sozialdemokratie und ihrer Presse namhafte Zuwendungen zukommen und habe die kartellierten Industrien im Ausland angewiesen, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampfe gegen das faschistische Deutschland zu unterstützen. Daran wird die unerhörte Verdächtigung geknüpft, auch die sudetendeutsche Sozialdemokratie erhalte Geld aus dieser Quelle zur Bekämpfung des deutschen Faschismus. Es werde uns nicht so leicht gelingen, die Richtigkeit der nationalsozialistischen Meldung zu bezweifeln. Wir finden es unter unserer Würde, auf die unerhörte Anschuldigung gegen uns und die französische Sozialdemokratie auch nur mit einem Worte einzugehen. Ihre Haltlosigkeit wird sofort offenbar, wenn man beobachtet, wie viel der Rüstungsindustrie daran liegt, die faschistische Regierung Deutschlands zu unterstützen, weil sie sich von ihr die Aufrüstung und die Aussicht auf einen neuen Krieg, also fette Verdienste verspricht.

Die Behauptung des „Tag“ ist so niederträchtig, so gemein, so unerhört, daß es eine Selbsterniedrigung wäre, sich mit ihr in unserm Blatte ernstlich auseinanderzusetzen. Die Spione Hitlers, die da glauben, sie könnten hierzulande nach dem Muster des Reichstagsbrandes Gift säen, die Herrschaften, die der Wahrheit über die grauenhaften Zustände im Dritten Reich nicht anders gegenüberzutreten können als mit Lügen ordinärster Art — sie mögen sich vorsehen! Wir werden mit ihnen abrechnen, darauf können sie sich verlassen.

Man sucht in der sudetendeutschen bürgerlichen Provinzpresse nach einer Falschmeldezentrale in Prag. Diese Zentrale befindet sich in Duz; sie bemüht sich, mit erfundenen Nachrichten niederträchtigster Art Unruhe und Empörung in der sudetendeutschen Arbeiterschaft zu erzeugen, um dann im Trüben fischen zu können. Die Empörung der Arbeiter ist schon da. Es ist nicht unsere Schuld, wenn sie sich in Formen äußert, die denen in Trautau gleich.

Sudetendeutsche Arbeiter!
Weil eure Presse nicht, wie die bürgerliche Provinzpresse, Lateindienste für Hitler leistet, beschuldigt man eure Bewegung, Gelder von der Rüstungsindustrie zu nehmen! Weil ihr um die Ehre eurer ermordeten Brüder kämpft, beschimpft man euch als „läusliches rotes Pad“. Weil ihr Solidarität übt mit den Bedrängten und Verfolgten, nennen euch die Freunde der Mörder und Brandstifter willfähige und charakterlose Elemente, die der Rüstungsindustrie einige Millionen wert sind!

Arbeiter!
Das Faschistenpad hat in Deutschland seine Herrschaft damit begonnen und vorbereitet, daß es in ähnlicher Weise log und verleumdete. Hier darf diese Tätigkeit nicht den gleichen Erfolg haben wie drüben im Reich.
Die Duldsamkeit unserer Behörden gegenüber dem Faschistengefindel ist grenzenlos. Die der Arbeiter jedoch nicht. Gegen die Mörder der Freiheit und ihre Helfershelfer gibt es das Gesetz der Notwehr.

Was sagt die Prager Regierung dazu? SA-Aktions-Trupps für die Tschechoslowakei. SA-Führer in Prag!

Dresden, 5. April. Auf einer Tagung der SA- und SS-Führer Sachsens teilte der Reichskommissar für Sachsen, Herr von Killinger, mit, daß die

Bildung von Aktions-Trupps für die Tschechoslowakei nunmehr durchgeführt sei. Diese Trupps würden bereits in den nächsten Tagen in Funktion treten; sie hätten die Aufgabe, die „marxistischen, demokratischen und jüdischen Zeuchenerbe in ganz Böhmen gründlichst auszubrennen und jeden Widerstand gegen den neuen deutschen Gedanken niederzubrechen“.

Bei der Durchführung dieser Aufgabe gäbe es keine Grenzen und jedes Mittel, das dem Erfolg zu dienen geeignet ist, sei nicht nur erlaubt, sondern Pflicht jedes Einzelnen. Herr von Killinger fügte hinzu, daß diese Trupps mit allem Notwendigen ausgerüstet seien und unter dem Kommando reichsdeutscher Führer ständen, die für die Dauer dieses Kommandos und mit Rücksicht auf mögliche Zwischenfälle mit der tschechoslowakischen Regierung aus den Mitgliederlisten der Hitler-Partei gestrichen worden seien.

Als örtliche Berater und Wegweiser würden be-

sonders vertrauenswürdige Mitglieder der sudetendeutschen Nationalsozialisten dienen, die auch den Erkundungsdienst organisiert hätten; er, Killinger, freue sich, bei dieser Gelegenheit dem amwesenden Verbindungsmann der tschechoslowakischen Hitler-Partei, — „einem Mann, dessen Namen er nicht nennen wolle, den aber jeder kennt!“ — den Dank der deutschen Nationalsozialisten sagen zu können für die gute Arbeit, die in dieser Hinsicht auf dem schwereren Boden jenseits der Grenze geleistet worden sei.

Hierzu erfahren wir ferner folgendes: Von Reichsdeutschen, vor allem von zwei Berliner Herren, die das politische Leben und Treiben der Hitler-Partei an Ort und Stelle seit vielen Jahren beobachtet haben, hören wir, daß sie in den letzten Tagen des öfteren in Prag in den Restaurants und auf der Straße mit Leuten zusammengestoßen sind, die ihnen als führende Mitglieder der Berliner SA und SS bekannt sind. Insbesondere sind zu gewissen Zeiten die Gaststätten, in denen reichsdeutsche Emigranten zu verkehren pflegen, planmäßig mit solchen Leuten, die sich in der Gesellschaft von hiesigen Halbkreuz-Studenten befinden, besetzt.

20 neue Fälle von Mißhandlungen.

Neuer Protest des polnischen Gesandten in Berlin.

Warschau, 6. April. (P.M.) Der polnische Gesandte in Berlin hat wegen der Gewalttätigkeiten, die an polnischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens begangen wurden, bereits die fünfte Demarche beim Reichsaussenminister von Neurath unternommen. Gefandter Wysocki überreichte hierbei eine Denkschrift, in der 20 neue Fälle von Mißhandlungen angeführt werden, die sich seit dem 27. März, dem Tage der letzten Intervention, ereignet haben.

Boycott deutscher Waren.

Lodz, 6. April. Der Wirtschaftsboykott Deutschlands durch die jüdischen Firmen in Lodz hat sich verschärft. Zahlreiche Werke haben ihre bei deutschen Firmen getätigten Bestellungen annulliert. Andererseits wurden ursprünglich in Deutschland gemachte Bestellungen von britischen, jugoslawischen und sowjetrussischen Handelshäusern nach Polen dirigiert, namentlich für Textil- und Lederwaren.

Armer Simplizissimus!

Berlin, 6. April. Das Verbot des „Simplizissimus“ ist wieder aufgehoben worden, nachdem in der Redaktion eine „grundlegende Umboesung“ vorgenommen worden war.

Pestkordon um Deutschland.

Montag in Tirol Ermordung Dr. Bells durch reichsdeutsche Nazis, Mittwoch Mord-überfall auf die geflüchteten Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotter und zwei Frauen durch sieben Nazi-Summen im Fürstentum Liechtenstein. Ergebnis: zwei Tote, zwei Schwerverletzte. Hitlers, in seiner Reichstagsrede gesprochenes Wort und gegebenes Versprechen, er werde alle Widersacher mit „barbarischer Rücksichtslosigkeit“ ausrotten, wird in die Tat umgesetzt. Deutschland beginnt eine einzige Mörderzentrale zu werden. Die Mörder Dr. Bells kamen aus dem Braunen Hause in München, die in Liechtenstein eingebrochenen Nazi-Banden sollen aus Baden stammen, die rasche Aufeinanderfolge der beiden im Ausland durchgeführten Mordexpeditionen beweist, daß es nicht um die Uebelstat einzelner Desperados geht, sondern um ein organisiertes System, das seine Mordmeister in ganz Deutschland unterhält. In den ersten Wochen nach dem „Erwachen“ Deutschlands begnügen sich die Summen, die das Land unter ihre Gewalt bekommen haben, im Inlande an Arbeitern, Republikanern, Juden und auch nur ganz allgemein ihnen mißliebigen Personen ihre bestialischen, sadistischen Urinstinkte auszulassen. Mit Revolvern, Gewehrlosben, Gummiknüppeln, Stahlruten, Messern, Spaten, Hundepeitschen und Rildferdpeitschen haben sie „kleine Uebergriffe“ verübt, das heißt: tausende Menschen, darunter auch Frauen, Greise und Kranke, in der unmenschlichsten Weise blutig geschlagen, ihnen Anschauungsunterricht über die Seignur des Dritten Reichs im Sinne des Hitlerwortes von der „barbarischen Rücksichtslosigkeit“ erteilt, nunmehr erstrecken sie ihre „Expeditionen“ ungeniert auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, verüben dort nach Gangster-Art Mordüberfälle auf Menschen, die ins Ausland geflüchtet sind, weil sie alaubten, dort vor den Revolverlugeln und Messerflüchten der Erneuerer Deutschlands sicher zu sein.

Das hat sich als irrig erwiesen. Die Braunen, im Geiste Hitlers, im Sinne des von ihm durch mehr als zehn Jahre ausgefärbten Geistes des tollwütigen Hasses und der Rache erzeugenen Summen setzen sich bei der Verfolgung ihrer Gegner achlos über alle Schranken des internationalen Rechtes ebenso hinweg, wie über alle Gebote der Moral und der Menschlichkeit. Die Käfige ihrer Gefangnisse, die von ihnen errichteten Internierungslager scheinen ihnen noch nicht gefüllt genug, die Zahl der von ihnen Untugaeeschlaenen und Gemarterten nicht hinreichend groß, sie betreiben ihre Menschenjagden nunmehr auch schon im Ausland. Welcher reichsdeutsche Staatsangehörige, der, um sein Leben und seine geraden Glieder in Sicherheit zu bringen, den Staub seines teuren Vaterlandes von seinen Fühen geschüttelt hat, aber auch welcher Nichtdeutsche, der sich etwa durch seine Stellungnahme gegen die jetzigen Herrscher Deutschlands verhaßt gemacht hat, kann heute nach den Mordexpeditionen von Tirol und Liechtenstein noch der Freiheit seiner Person und seines Lebens sicher sein! Die Feme-Organisationen, die im heutigen Deutschland sicher sein können, daß ihnen bei ihren Untaten kein Haar gekrümmt wird, erachten auch schon die an Hitler-Deutschland grenzenden Länder als Kolonien des Dritten Reichs, auf die sie ihre faschistischen Sittengesetze, welche den an ihnen nicht genehmigen Verbrechen verübten Menschenraub und Menschenmord zu vaterländischen Taten stemeln, zu übertragen suchen. Wo auf dem gesamten zivilisierten Erdenrund ist noch ähnliches möglich! Aus ihren Mordnestern unternehmen die braunen Banditen Streifzüge in benachbarte Länder, knallen Menschen nieder oder suchen sie zu verschleppen, um sie dann

auf dem Boden des „befreiten“ Deutschland unter den unmenschlichsten Martern für immer verschwinden zu lassen. Grenzstrafen durchbrechen sie mit Gewalt und hat ihr Mordauto erst wieder reichsdeutschen Boden unter den Rädern, so sind seine Insassen, denen Polizei und Gerichte auftragsgemäß nicht an den Leib rüden dürfen, in voller Sicherheit.

Die Praxis des Fememordes wird von den Nazis seit Jahren betrieben und die Zahl der schon vor Hitlers Kanzlerschaft um die Ecke Gebrachten geht in die Hunderte. Neu ist nur die Übertragung dieser Methode, Faschistengegner für ewig stumm zu machen, auf das Ausland und ihre Anwendung gegen Leute, die kaum als politische Gegner des Systems, vielmehr nur irgendwie als lästig und mißliebig angesehen werden. Daß Dr. Bell ermordet wurde, kann immerhin mit seinem Ueberläufertum und damit, daß er von den Spitzen der Nazis zu viel wußte, so daß sie ihn persönlich zu fürchten hatten, erklärt werden. Womit natürlich keinerlei Rechtfertigung für die Mörder gegeben ist. Aber wie ist es mit den Brüdern Rotter? Gewiß, sie waren während ihrer Berliner Theaterzeit keine erfreulichen Zeitgenossen, aber nach dem Schatten einer moralischen Rechtfertigung für den auf sie verübten Ueberfall, der den Tod zweier Menschen und die schwere Verwundung zweier anderer herbeiführte, wird man vergebens suchen. Es ist einfach die Lust und Freude am Mord, der die sieben Nazi-Banden antrieb, die Verschleppung der Beiden zu versuchen. Niemand im Reich und auch außerhalb desselben wird sich danach gewiß sein können, daß er heute oder morgen nicht einem ähnlichen Ueberfall zum Opfer fällt, falls aus seiner Vergangenheit oder Gegenwart gefolgert werden kann, daß er den Beherrschern Deutschlands verhaßt geworden ist, ohne daß von ihm gleich eine Preisgabe wichtiger Nazi-Schheimnisse befürchtet werden muß, wie dies im Falle Dr. Bells der Fall war. Bei der unerhörten Frechheit, mit der die „Strafexpeditionen“ der Halenkreuz-Sonnen auftreten, ist damit zu rechnen, daß demnächst etwa auch ein Heinrich Mann, ein Thomas Mann, ein Einstein, aber auch andere Personen im Ausland, deren öffentliche und publizistische Tätigkeit den braunen Gewalthabern un bequem ist, daran werden glauben müssen. Nach den Sonnen-Laten von Tirol und Baduz kann man nichts mehr für ausgeschlossen halten und da es in allen Grenzgebieten, auch auf dem tschechoslowakischen von braunen Spionen und Denunzianten wimmelt, werden die Regierungen der demokratischen Grenzländer Deutschlands gut daran tun, rechtzeitig einen Pestkordon um Deutschland zu ziehen, wenn sie nicht zum Kriegsgebiet für die Sonnencharen des Dritten Reiches werden wollen.

Ein moralischer Pestkordon ist bereits gezogen. Ueberall im Auslande erhebt sich mit steigender Wucht die Welle des Abscheus, des Entsetzens und der Empörung über die unter der Herrschaft der Sonnen in Deutschland eingerissenen Zustände, die allen Begriffen zivilisierter Menschen Hohn sprechen. Unter dem republikanisch-demokratischen

System war das vom Kaiserismus in den Abgrund des Hasses und der Verachtung geschleuderte Deutschland schon wieder so weit gelangt, daß sich ihm und seinem harten Schicksal in aller Welt Sympathien zumandten. Heute, unter der Herrschaft des blutigen Halenkreuzfaschismus, hat es diese Sympathien

Zentralbank deutscher Sparkassen.

Wer ist der Schuldige?

In der „Freien Gemeinde“ vom 2. April ist ein Artikel über die Zentralbank der Deutschen Sparkassen veröffentlicht, der eine Reihe von Einzelheiten enthält, welche der Defensivität: bisher noch nicht bekannt geworden sind, wovon wir aus diesem Artikel einiges mitteilen:

Seinerzeit haben Selbstverwaltungskörper Aktien der Zentralbank der deutschen Sparkassen erworben. Der Zweck dieses Ankaufes war die planmäßige Gestaltung des Kommunalcredits und die Schaffung einer Kommunalbank. Dank der Entwicklung der Emissions- u. Hypothekendarstellung, die unter der unmittelbaren Aufsicht der Vertreter der Selbstverwaltungskörper arbeitete, hat die Bank 350 Millionen K in Schuldverschreibungen und Pfandbriefen herausgegeben und ihr Reingewinn ist jährlich gestiegen. Leider verschwanden diese Millionengewinne immer in der Gesamtbilanz der Bank und mußten die Fehlbeträge decken. Die Vertreter der Selbstverwaltungskörper haben immer auf die Abstoßung des Industriegeschäftes hingearbeitet, der leitende Direktor war aber bestrebt, immer mehr Industrietredite zu bewilligen.

Dieser leitende Direktor war gleichzeitig Präsident einer Schuhfabrik-A.G., die ihre ständigen Defizite durch die Mittel der Bank deckte.

Die Organisation in der Bank war derart, daß die Vertreter der Selbstverwaltungskörper von den Industrietrediten überhaupt nichts oder fast nichts und erst allmählich erfuhren.

Ein Kreditkomitee bewilligte Industriegelder, die Direktion erfuhr davon überhaupt nichts.

Die Kontrollabteilung, eingesetzt vom leitenden Direktor, gab keine Berichte heraus oder wenn, dann nur dem leitenden Direktor, der sie entweder überhaupt nicht oder nur in vollständig veränderter Form weitergab.

Erst im September 1932 verließ der Präsident Keller die Bank und die Sparkassen stellten im Einvernehmen mit den Gemeinden ihren Mann an die Spitze des Instituts. Aber die Einsetzung einer wirklich arbeitenden Kontrollabteilung die Bewilligung von Krediten ausschließlich durch die Direktion, die Herabsetzung der hohen Gehälter der leitenden Funktionäre konnten die Schäden aus der früheren Zeit nicht mehr wettmachen. Das Rad war im Rollen und ließ sich nicht mehr aufhalten. Die einzige Gelegenheit zur Deckung der Schäden, die seinerzeitige Sanierung, wurde nicht ergriffen.

Die damals vom leitenden Direktor angegebenen Schäden und Verluste der Bank entsprachen nicht der Wirklichkeit.

Sie waren kleiner, sie waren nach den Angaben kleiner als es der Wirklichkeit entsprach, das Moratorium für die Bankensanierung machte noch Abstriche. Der leitende Direktor hat weder der Direktion noch dem Verwaltungsrate von den Verhandlungen Mitteilung gemacht, die er allein geführt hat. Die Verantwortung für den schlech-

ten Ausgange der Sanierung trifft daher nur ihn. Auch sonst betrieb die Bank Geschäfte, die sie hätte lieber sein lassen sollen.

Bei einem einzigen Effektengeschäfte betragen die Forderungen über 70 Millionen, die Deckung nicht einmal 20 Millionen. Auch die leitenden Direktoren betrieben Spekulationsgeschäfte.

Durch die hohen Verluste aus dem Industrie- und Effektengeschäfte war die Zentralbank natürlich stark immobilisiert worden. Als nun die Volksgeldanstalten vom Jahre 1932 angefangen infolge der Abhebungen ihrer Einleger gezwungen waren, ihr Guthaben bei der Zentralbank zu vermindern, begannen die Zahlungsschwierigkeiten. Immerhin ist es noch gelungen, über 300 Millionen K in anderthalb Jahren flüssig zu machen, schließlich wurde es unmöglich, weitere Varmittel zu verschaffen. Es muß hier festgestellt werden, daß die statalichen Stellen bis in die letzte Zeit hinein der Zentralbank bezüglich ihrer Zahlungsfähigkeit beisprangen. Erst kurz vor der Verhängung des Moratoriums hörte diese Hilfe auf.

Das Moratorium bedeutet, daß noch 470 Millionen Einlagen bei der Zentralbank und ihren Filialen bis auf weiteres gesperrt sind.

Unter diesen Einlagen befinden sich rund 190 Millionen von Volksgeldanstalten, 50 Millionen von Genossenschaften und 140 Millionen auf Sparbücher. Unendliches Leid, tausendfache Not, wird durch das Moratorium neu ausgelöst. Gelder für die Kriegsverletzten, die Kriegswunden und Waisen, für die Arbeitslosen, für die Jugendfürsorge, Gelder für tausende Gewerbe- und Handelsbetriebe, Beamte, Angestellte und Arbeiter sind durch dieses Moratorium in Gefahr gebracht. Hunderte von Beamten und Angestellten, tausende Arbeiter stehen vor dem möglichen Verluste ihrer Arbeitsstelle.

Unsere Partei und ihre Vertreter haben vor allem die Sicherung aller Einlagen und die Sicherung der Arbeitsplätze in die erste Reihe ihrer Bemühungen gestellt! Die Arbeit ist sehr schwierig. Es ist gelungen, eine beschränkte Wiederaufnahme der Geschäfte der Zentralbank zu erreichen, die Emissions- und Hypothekendarstellung arbeitet wie früher. Was mit der Bank geschieht, ob sie liquidiert, fusioniert wird oder selbständig bleibt, ist noch nicht entschieden.

Es wäre zu wünschen, daß die gesunde Emissionsabteilung den Krisenlösungspunkt für eine neue kleine Kommunalbank ohne jedes Industriegeschäft bilden würde.

Die Parole für unsere Vertreter muß sein: Für die Sicherung der Einlagen und für die Sicherung des Arbeitsplatzes, aber mit aller Schärfe vorgehen gegen die Schuldigen, Festlegung ihrer Verantwortung und Heranziehung zum Schadenersatz.

Die fascistische Verlotterung der „Bohemia“

macht rasende Fortschritte; so wie wir es leicht voraussetzten, entpuppen sich bereits jetzt neuerdings und vollends ihre seltenen und vom Infernalgeist diktierten leisen Verbeugungen vor der Demokratie als Ausnahmefälle, durch die die durchgängige fascistische Haltung dieses Blattes erst recht unterstrichen wird. Gestern wiederum war jeder, der die „Bohemia“ zu lesen gezwungen ist, empört über die Art, wie dieses laubere Blatt über den Fall Rotter berichtete! Wir wollen ungeachtet des knappen Raumes diese „Bohemia“-Meldung wörtlich hierher setzen:

Tragisches Ende Alfred Rotters.

Bei einem Entführungversuch mit seiner Frau tödlich verunglückt. Fritz Rotter schwer verletzt.

Genf, 5. April. Heute nachmittag wurden die früheren Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotter, die Gattin Alfred Rotters, und eine Frau Wolf, bei ihrer Rückkehr von einem Spaziergang unterhalb des Kurhofs Gasser ob Baduz von sieben jungen Männern mit vorgehaltenen Revolvern überfallen; sie sollten in einem Auto entführt werden. In dem sich anschließenden Handgemenge wurden sowohl die Brüder Rotter als auch die Damen erheblich verletzt. Dabei versuchten die Angreifer, die vier Personen in das Auto hineinzudrängen. Fritz Rotter wurde am rechten Handgelenk gefesselt und ins Auto getragen, während die drei anderen Personen über den Bergabhang hinunter sprangen, wobei Frau Wolf stürzte und sich schwere Verletzungen zuzog. Alfred Rotter und seine Frau stürzten gleichfalls auf der Flucht den Abhang hinab und blieben tot liegen. Fritz Rotter sprang während der Fahrt aus dem Auto und zog sich schwere Verletzungen zu. Das Auto überfuhr sodann die tschechische Grenze bei Schaamwald, konnte aber bei Bösis (Vorarlberg) angehalten werden. Die Insassen wurden verhaftet und in das Gefängnis nach Feldkirch eingeliefert. Ueber die Täter ist nichts bestimmtes bekannt.

Einen Mordausflug nennt also die „Bohemia“ einen „Entführungversuch“, das Fallen unter Sonnenstrahlen ein „tragisches Ende“, die durch Würdehand umgelommenen nennt die „Bohemia“ tödlich verunglückt! Mit keinem Wort läßt sich die „Bohemia“ ausgerechnet aus Genf melden, daß es sich um eine nationalsozialistische Mordexpedition nach Liechtenstein und Vorarlberg handelte, sondern spricht irreführend, scheinbar nichtssahnend, verlegen und verlogen von „sieben jungen Männern“, von denen eben als Hitlerjungen und Halenkreuzlerischer Mordbaga zu den letzten unter den treuesten Abonnenten der „Bohemia“ nicht gesprochen werden soll! Wahrfähig, ein seines Blatt, das die Verhöhnung durch alle anständigen Menschen mit jedem Tage mehr verdient!

Neuerernennung des Geldbeirates. Der Finanzminister hat im Sinne des Artikels LIV des Bankengesetzes die Neuerernennung des Geldbeirates und des Zentralbankbeirates organisierte durchgeführt. Vorsitzender beider Körperschaften ist der Gouverneur der Nationalbank Dr. Hospizil. Zum Mitglied des Zentralbankbeirates wurde u. a. Genosse Krejlik-Prag ernannt, der somit auch dem Geldbeirat als Mitglied angehört. Zum Erbkann des Geldbeirates wurde u. a. Genosse Rudolf Fischer-Prag ernannt.

KARL
UND DAS 20. JAHRHUNDERT
Roman von Rudolf Brungraber
Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

22

Nachdruck verboten.

Auch könne ein moderner Krieg nicht länger als einige Monate dauern. Kein Staat, hätten die Nationalökonomien ausgerechnet, würde ihn länger bezahlen können; auch sei das erst kürzlich, in der Einjährigenschule, mit Bezug auf die weittragende moderne Artillerie und ihre Brisanz oft genug diskutiert worden. Das alles leuchtete Karl ein. Noch mehr aber als diese irdischen Hinweise beeindruckte ihn der festliche Drang, der alle ergriffen hätte. Treischleses Say vom Krieg, der ein Geundbrunnen des Volkes sei, schien sich erstaunlich zu bestätigen. Wenn Karl seinen eigenen Zustand daraufhin untersuchte, fand er sich wie durch ein Mirakel und nun erst zum Leben erwacht. Er fühlte sich um zehn Jahre reifer und zugleich von einer freudigen Jugendlichkeit. Wie rundum plötzlich alle Probleme von gestern leicht wegen, so war auch von ihm der Druck gewichen. Mochte sich die Woge nur nicht wieder verlaufen.

Die Woge verlief sich nicht mehr. Der gewöhnliche Schulunterricht der Einjährigen des Festungsartillerieregiments wurde abgebrochen man unterwies sie nun auch im Wunderverbinden. Und noch beim Wachdienst hörten sie das unaufhörliche Rollen der Lastzüge, die mit Mobilisierungsmaterial in das Arsenal einliefen. Am 6. Juli umschrieb Franz Josef I. die Notwendigkeit, Serbien, falls man den Balkan unter das mitteleuropäische Protektorat bringen wollte, als politischen Faktor auslischen zu müssen, mit dem Satz: Das Streben meiner Regierung muß von jetzt ab auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein, und Wilhelm II. hieß an

den Rand eines Berichtes seines Wiener Votschafters Tschirch, in dem dieser vom allgemeinen Wunsch der Oesterreicher sprach, mit Serbien endgültig abzurechnen, die inhaltlich schwere Begutachtung: Jetzt oder nie! Am 22. Juli erzählte die Großfürstin Anafasia in Petersburg dem französischen Votschafter Paléologue, ihr Vater (der König von Montenegro) habe telegraphisch, vor Monatsende werde der Krieg ausbrechen. Aus eigener Phantasie fügte sie hinzu: von Oesterreich wird nichts übrig bleiben, die Franzosen werden Elah-Lothringen zurücknehmen, Deutschland wird vernichtet werden. Tatsächlich mobilisierten am 25. Juli, noch ehe Oesterreich zu der Antwort Stellung genommen hatte, die ihm auf sein Ultimatum von Serbien zugegangen war, beide Staaten und am 26. wurde für das ganze europäische Rußland die Kriegsvorbereitung angeordnet. Am 28., dem Tag der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien, wurde Karl nach Krakau einwaggoniert. Er hatte Eichenlaub an der Skappe und Tränen der Erschütterung in den Augen, als er dem kleinen Weib auf dem Perron zum letzten Mal zuwinkte. Der Bahnhof von Wlumen überregnet und von patriotischen Liedern durchdröhnt, war sonntäglich wie eine Dult. Zur gleichen Zeit schlachtete in Aix-les-Bains, im Hotelzimmer eines französischen Diplomaten, eine nackte Frau, die Spionin „Gloria“, einen Hahn. Sie kanalisiert, während ihr der Hahn die Arme zertrakte und der Marquis sich in Wollust wand, mit ihrem Geschrei ihre Komplizen, die den alten Herrn dann als offensibaren Lustmörder abführen ließen, allerdings nicht ohne ihm vorher im allgemeinen Wirbel eines Papiers aus dem Westentasche geschnitten zu haben mit dem Italien Frankreich zusicherte, daß es die Bedingungen des Dreibundvertrages nicht als gegeben erachte. Während der deutschen Flotte erst „Sicherung“ angeordnet war, bezog die britische Grand Fleet ihre Kriegsstationen. Die Untersuchungen, ob der Krieg zu

vermeiden sei, konnten nicht zu Ende geführt werden; an ihre Stelle traten die durch den Mechanismus der Militärapparate bedingten Entschlüsse. Am 1. August erklärte Deutschland an Rußland den Krieg, am 3. an Frankreich und Belgien und am 4. erfolgte die Kriegserklärung Englands an Deutschland. Den 118 Millionen Menschen der Mittelmächte standen 258 Millionen der Alliierten gegenüber. Im Bekunaten waren das 460 Milliarden Mark gegen 860 Milliarden, im Militärisch vorläufig 6 Millionen Soldaten gegen 10 Millionen. Dessenungeachtet stand Anfang September die Siebende deutsche Armee vor Epinal, die Sechste vor Nancy, die Fünfte mit der Vierten fast im geschlossenen Kreis um Verdun; die Dritte, die Zweite und die Erste über Arras, Amiens und Meaux hinauslaufend, hatten die Marne überschritten und kämpften im Festungsbereich von Paris. Allein es war schneller gestiegen worden — bei Mülhausen und in Lothringen, bei Lüttich, Brüssel, Mons, Solesmes und Le Cateau, bei Sedan und im Argonnerwald, bei Ramur, Charleroi, Saint Quentin, Dinant, Givet, Reims und Chalons —, es war schneller gestiegen worden, als die Desertion mit ihren Anordnungen und die Transporte mit den Reserven und Materialien hatten nachkommen können und im Osten waren die Verbündeten hinter die Weichsel und hinter Lemberg zurückgeworfen worden. Das deutsche Oberkommando zog Kräfte von Westen ab und das österreicherische stellte keine Formationen zwischen Magierow und Stry, in einer von vornherein verlorenen Position, zum neuen Angriff. Hier wurde mit einer 12-Zentimeter-Kanonendivision auch der Kadett Karl Falner eingesetzt. Bisher war er in Krakau Kommandant des Roheau-Zwischenwerks Rawiow gewesen. Mit einem Gefühl der Beschämtheit, auf einem abgelegenen Platz Schanzarbeiten zu kommandieren, während durch den Bahnhof bereits die Verwundeten transportierten rollten und Namen wie Krasnik und Komarow schon Ehrfurcht erweckenden Klang hatten.

Wahrhaftig, Karl war wie jeder voll Ungeduld an den Feind zu kommen. Ihn beunruhigte das Wort Kaiser Wilhelms, daß die Deere, wenn die Blätter fallen würden, wieder zu Hause wären. Und dann war Karl nicht derselbe geblieben. Der Kommissar mit seinen Strapazen hatte das Animate an ihm trainiert und aufgefüttert und der Offiziersrang hatte ihn vom Druck der proletarischen Kindheit befreit. Zudem war beim Militär alles so zum Apparat gedrückt, daß sich jeder auf seinem Platz sicher fühlte; so stand es Karl zu, seinen Rang mit allen Impulsen seiner einundzwanzig Jahre zu genießen. Der Krieg hatte ihm überdies die Sorge um die Mutter abgenommen. Da auch der Vater seine Charge wegen eingezogen worden war, wenngleich vorläufig nur zu einem Rader in Kaiser-Eberdorf bei Wien, bezog das kleine Weib den staatlichen Unterhaltsbeitrag. Das waren bloß ein paar Kronen, doch mit Karls Wage, die er fast unangefastet heimischte, ergaben sie eine Summe, wie sie seiner Mutter nie zur Verfügung gestanden hatte. Vor allem aber fiel die Belastung durch den Mann nun weg. Karl war überzeugt, seine Mutter hatte es nie so gut gehabt wie in die'n Kriegstagen, und damit blieb auch für ihn nichts zu wünschen übrig. Es wäre denn das von der Stunde Gebotene gewesen: ein triumphaler Auszug des Krieges und sein geziemender Anteil daran. Jenuin, die Heeresleitung war im Begriff, ihn zumindest auf die Straße dahin zu stellen. Sie setzte ihre Festungsgruppe in letzter Minute als schwere Feldartillerie ein. Der allgemeine Rückzug mußte aufgesparten werden. Für Karl begann das mit einer 18stündigen Bahnfahrt. In der zweiten Nacht, in der sich der Zug dem Bereich Lembergs näherte, erhielten die Offiziere unter dem heraufkommenden Rumoren der Artillerieladung ihre Instruktionen. Auch Karl hörte das drohende Brom... wron, und er empfand es als einen unerhört männlichen Ton. (Fortsetzung folgt.)

Klarheit in der Ernährungsaktion! Der Ministerrat faßt eindeutige Beschlüsse.

Das Chaos, das die einzelnen Landesbehörden mit ihrem „Arbeitspflicht“-Erlaß angerichtet haben, machte eine neuerliche Stellungnahme der Regierung zu der Frage der Durchführung der Ernährungsaktion für Arbeitslose erforderlich. Die Regierung hat, wie wir erfahren, in einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung eine Entscheidung getroffen, die sich im Wesen im Rahmen der Richtlinien des Fürsorgeministeriums bewegt und ergänzende Weisungen hinsichtlich der Verwendung von Lebensmittelarten als Lohn für geleistete Arbeiten erläßt.

Der Sinn der bezüglichen Verfügungen geht dahin, daß die Lebensmittelartweisungen nur jenenfalls als Teil des Lohnes verwendet werden dürfen, wenn es sich um Arbeiten handelt, die sich mindestens auf zwei bis drei Tage in der Woche erstrecken und daher eine zusätzliche Honorierung der geleisteten Arbeit durch die Gemeinde ermöglichen.

Wo dies nicht der Fall ist, ist jede Heranziehung der Lebensmittelarten zur Bezahlung von Arbeitern ausgeschlossen.

Sie können also nicht zur Bezahlung verwendet werden, wenn die Arbeit nur einige Stunden des Tages andauert und lediglich zu dem Zwecke verlangt wird, um ein Äquivalent für die Gewährung der Lebensmittelarten zu schaffen!

Der Beschluß der Regierung erfolgt den Bezirksbehörden auf, sich im Einvernehmen mit den Gemeinde- und Bezirksausschüssen dahin zu bemühen, daß in jenen Gemeinden, in denen die Möglichkeit zur Durchführung von Notstandsarbeiten gegeben erscheint, die Lebensmittelartweisungen als teilsweiser Ersatz des Lohnes benutzt werden. Dies gilt aber, wie schon gesagt, nur für solche Gemeindeglieder, welche mindestens zwei bis drei Tage der Woche umfassen, und selbstverständlich nur für jene Arbeitslosen, welche an diesen Arbeiten beteiligt sind. Alle anderen Arbeitslosen müssen, soweit sie den bisherigen und unverändert in Kraft bleibenden Richtlinien entsprechen, auch weiterhin die Lebensmittelarten erhalten. Eine Lebensmittelkarte wird als Gegenleistung für eine vierstündige Arbeit betrachtet, wobei die Gemeinde für darüber hinausgehende Arbeitsleistungen aus eigenem aufzukommen hat. In den Weisungen, die seitens des Ministeriums für soziale Fürsorge auf Grund dieses Beschlusses ergangen sind, wird ausdrücklich gefordert, daß dem Ministerium gemeldet wird, mit welchem Teile die Gemeinden an der Entlohnung der Arbeiten partizipieren.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß alle von den Landesbehörden und ihren Untereinstellen ergangenen gegenteiligen Weisungen einfach im Widerspruch zu den Beschlüssen der Regierung und den Anweisungen des Fürsorgeministeriums stehen. Bezeichnend für das Doppelseitige der Landesbehörden ist, daß ganz konforme Verfügungen nicht nur für alle Bezirke Böhmens, sondern auch für Mähren-Schlesien, die Slowakei und Karpatenrußland erlassen wurden, welcher Umstand wohl zur Genüge aufzeigt, daß es sich hier nicht um spontane Maßnahmen der einzelnen Landesbehörden handeln kann, sondern um Veranlassungen, die von höherer Stelle getroffen wurden!

Daß damit nur die gegenteilige Wirkung erzielt und Agitationsstoff für kommunistische und hakenkreuzerische Treibereien geschaffen wurde, wird den Initiatoren dieser Erlasse angesichts des Widerstandes der Arbeitslosen gegen die Maßnahmen der Landesbehörden nicht entgangen sein!

Defraudation beim Heilfonds der öffentlichen Bediensteten. Zu den Nachrichten einiger Tageszeitungen über diese Angelegenheit erhalten wir vom Vorstand des Heilfonds folgende Aufklärung: Bei den Bilanzarbeiten wurden einige Unstimmigkeiten festgestellt, die auf die Spur eines raffinierten Betruges führten, weshalb der Buchhaltungsbeamte des Heilfonds R. Ralovec verhaftet wurde. Dieser Beamte war weder Oberbuchhalter noch Kassier, sondern auf einem untergeordneten Posten beschäftigt. Diese Manipulationen vollführte der Täter schon seit längerer Zeit, und zwar auf eine derart raffinierte Weise, daß sie bei normaler Kontrolle nicht festgestellt werden konnten. Die Spur der Manipulationen wurde am Montag, den 3. d. M., nachmittags entdeckt. Sofort nach dieser Entdeckung wurde das Polizeikommissariat um Entsendung eines Detektivs ersucht. Trotzdem gegen den Genannten ein starker Verdacht bestand, genigte dies nicht zu seiner Verhaftung. Daher ist die Behauptung nicht richtig, daß seine Verhaftung nicht auf Verlangen des Vorstandes erfolgt ist. Seine Verhaftung erfolgte am 2. d. M., nachdem noch weiteres Belastungsmaterial festgestellt und nachdem bei der Polizeidirektion im Verbrecheralbum seine Photographie vorgefunden wurde. Die Behauptung, daß der verhaftete Beamte ein besonderes Vertrauen des Vorstandes des Heilfonds genoss, ist nicht richtig. Er trat vor vier Jahren in die Dienste des Heilfonds auf Grund guter Zeugnisse. Außerdem legte er auch ein Sittenzeugnis vor, das vom Gemeindevater seiner Heimatgemeinde ausgestellt war. Nachdem die Untersuchung noch nicht beendet ist, können keine Einzelheiten über die Manipulation angeführt werden, da dadurch das Resultat der Untersuchung bedroht wäre.

Reichsdeutsche SA auf Menschenjagd in Nordböhmen.

In der Nacht auf Mittwoch haben in Kreibitz reichsdeutsche Nazis den von Leutersdorf i. Sa. über die Grenze geflüchteten Kommunisten Richard Martin, der sich bei seinem Gefinnungsfreunde Adgler in Kreibitz aufhielt, nachts ausgehoben und in einem Auto mit fortgenommen.

Nach den vorliegenden vorläufigen Nachrichten kommen als Räuber vier reichsdeutsche Nazis in Frage, denen auf die Angabe hin, sie seien verfolgte Flüchtlinge und brauchen Quartier in das betreffende Haus und schließlich in die Wohnung Alfred Adglers gelangt sind, wo sie dann den reichsdeutschen Flüchtling unter der steten Drohung mit dem Revolver zu einem, unweit des Gasthauses „Zum Lamm“ stehenden Auto brachten und ihn darin entführten.

Als Verräter des Martin und Desser der SA kommt Anton Richter jun. aus Kreibitz in Frage, der am Montag bei Adgler, am Dienstag darauf in Sachfen gewesen ist, dort wohl die Sache mit der SA arrangiert und als Führer gedient hat.

Mittwoch wurden von der Gendarmerie bei verschiedenen Kreibitzer Sakenkreuzlern Hausdurchsuchungen abgehalten, gegen Abend die zahlreich am Markt versammelten nationalsozialistisch eingestellten Kreibitzer auseinandergetrieben. Wir werden auf den Fall, der von der Behörde mit aller Energie verfolgt, noch zurückkommen, sobald wir eigene Informationen eingeholt haben werden.

Achtung, Mörder gehen um! Zu dem Ueberfall auf die Rotter.

Schon heute steht fest, daß zwischen dem Versuch, die Familie Rotter zu entführen und dem Mord in Tirol eine innere Verbindung besteht. Beide Aktionen der Sakenkreuzler gehören zu einem planmäßig vorbereiteten und zweifellos von einer zentralen Stelle dirigierten System, dessen Zweck es ist, unbenannte Menschen im Ausland aus dem Wege zu räumen. Bei dem Attentat in Viedenstein spielt auch die für die Moral der Sakenkreuzler charakteristische Tatsache eine Rolle, daß auf die Ergreifung der Brüder Rotter eine Belohnung von 50.000 Mark gesetzt war. Wenn man sich erinnert, daß vor wenigen Tagen auf den Chefredakteur der sozialdemokratischen Saarbrücker „Volkstimme“, Genossen Max Braun, eine Kopypremie von mehreren tausend Mark ausgeschrieben wurde und daß nach übereinstimmenden Berichten in allen an Deutschland grenzenden Staaten ein Netz von Spionen und Spionen zur Überwachung und Verfolgung der Flüchtlinge organisiert wird, kann man fast mit Sicherheit erwarten, daß den Verbrechen der letzten beiden Tage weitere folgen werden.

Unsere Behörden werden gut daran tun, rechtzeitig alle Maßnahmen gegen den organisierten Sakenkreuzmord zu treffen. Die Arbeiterschaft in den Grenzgebieten wird selbst wissen, was sie zu tun hat, wenn ihr Agenten der Mörderzentrale von jenseits der Grenze in die Hände fallen!

In die Falle gelockt!

Berlin, 6. April. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge soll der Besitzer des Kurhauses „Gastlein“ in Triesenberg, Schädler, die Brüder Rotter und ihre Begleitung zu einer Besichtigung des Kurhotels eingeladen und mit dem Auto in Baduz abgeholt haben. Als sie dort angekommen seien, hätten sich sieben junge Leute auf die Rotters gestürzt. In dem sich entzündenden Handgemenge sei es Fritz Rotter gelungen zu entfliehen.

Schädler habe ihn jedoch eingeholt und aufgefordert, nach Baduz zurückzukehren. Die anderen seien ebenfalls in Sicherheit. Fritz Rotter habe dann das Auto bestiegen, das in raschestem Tempo talwärts gefahren sei. Als er den Fahrer aufforderte, zu halten, damit er die Polizei benachrichtigen könne, sei das Tempo noch verschärft worden. Darauf sei Fritz Rotter aus dem Auto gesprungen und habe sich dabei einen Achselbruch zugezogen.

Alfred Rotter und seine Frau wurden abends tot in einem ausgetrockneten Wildbach bei Triesenberg aufgefunden. Frau Wolf, die blutüberströmt mit zerrissenen Kleidern nach Baduz transportiert wurde, mußte sofort in ärztliche Behandlung gehen.

Es soll sich bei dem Wagnis um einen deutschen Wagen mit badiſcher Polizeinummer handeln.

Das Auto mit den Toten wurde vom Gendarmerieposten in Göhs (Vorarlberg) angehalten. Bei der Durchsuhung stellte sich heraus, daß seine Anwesen fünf Badener und ein Viedensteinerer Hochschüler waren.

Sie hatten eine Giftspritze, sieben Chloroformbhiolen und zwei Gaspistolen bei sich.

Der Vermächteplan in der französischen Kammer.

Paris, 6. April. Der Ministerpräsident Maginot bei der Beratung des Budgets in knapper Form die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Bestrebungen zu deren Beseitigung. Hierzu gehört seiner Meinung nach auch der Plan Mussolinis. Frankreich muß, rief Daladier aus, an einer positiven und schöpferischen Politik festhalten. Es handle sich keineswegs darum, irgendeinem Direktorium der Großmächte zuzustimmen, das seinen Willen der übrigen Welt aufzwingen würde (Weisfall im ganzen Hause), es handle sich nicht um irgendeine neue Gemeinschaft, die über die Revision der Territorien der Kleineren oder Größeren und über die Aenderung der Grenzen entscheiden würde. Ein derartiger Versuch würde auf den traditionellen französischen Gedanken der Gleichheit der Nationen stoßen. Der neue Pakt muß notgedrungen, wenn er nützlich sein soll, die logische Folge der Bestrebungen für friedliche Taten sein und sich damit dem Wasserbandpakt anschließen, und zwar dem ganzen Pakt, nicht einem zerstückelten, somit dem Briand-Mussolinischen und dem Locarno-Pakt. Alle diese Pakte und ihre Verpflichtungen bestehen noch.

Der Gendarmerieposten verhaftete die sechs Männer und überstellte sie dem Landesgericht Feldkirch.

Die Festgenommenen erklärten bei ihrer Vernehmung, daß sie keinen Feuerüberfall, sondern nur einen Tränengasangriff „aus vaterländischen Gründen“ versucht hätten. Die Gaspistolen hätten aber bei dem Angriff versagt. Feuerwaffen wurden tatsächlich bei ihnen nicht gefunden. Die Festgenommenen hielten sich in letzter Zeit zu ihrer beruflichen Ausbildung in Konstanz auf.

Bis jetzt sind fünf Reichsdeutsche und vier Viedensteiner Staatsbürger in Haft genommen worden. Die im Gefängnis von Baduz in Haft befindlichen Täter sind der 25 Jahre alte Chauffeur Frommelt und der Sohn des Hotelbesizers Schädler beide Viedensteiner Staatsangehörigkeit. In Feldkirch befinden sich in Haft: Peter Reinberger, ein Viedensteiner, der in einer Lehranstalt in Konstanz studierte, ferner die Reichsdeutschen Preß aus Gernsbach in Baden, der Hilfsarbeiter Wieser aus Baden und der Chauffeur Max Witt, der das Auto der Täter lenkte, bairischer Staatsangehöriger, der Tischler Lehmat aus Baden und der arbeitslose Hilfsarbeiter Frommeter aus Württemberg. Unter den reichsdeutschen Tätern soll sich weiters auch ein deutscher Schauspieler befinden.

Reichstagsvizepräsident Esser in Schutzhaft.

Euskirchen, 6. April. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Köln wurde heute vormaliger Reichstagsvizepräsident Esser in Euskirchen in Schutzhaft genommen und zur Untersuchung der Angelegenheit bei der Bremer Handwerkskammer nach Köln gebracht.

Wir können Abkommen nicht ignorieren, an denen alle vorhergehenden Regierungen mitarbeiteten.

Die Zusammenarbeit aller vier großen Mächte wird fruchtbar sein, wenn sie nicht auf den Bruch dieser Pakte, sondern gerade für deren Inkrustieren gerichtet sein wird.

Bei der Debatte über die Außenpolitik in der heutigen Sitzung der Kammer rief die Rede des sozialistischen Deputierten Blum besondere Aufmerksamkeit hervor. Schon der erste Vorschlag des Mussolinipaltes, führte Redner aus, war für die französischen Sozialisten unannehmbar. Die Sozialisten wenden sich gegen jede Suprematie der großen Staaten über die kleinen Staaten. Die Notwendigkeit des Tages ist jedoch, Deutschland und die Welt am weiteren Raffen zu verhindern. Das läßt sich nur durch entsprechende Organisierung der Abrüstungskonferenz im Geiste der bekannten sozialistischen Forderungen erzielen. Die Sozialisten wollen das Scheitern der allgemeinen Abrüstungskonferenz verhindern. Auch eine spontane Revision der Friedensverträge und eine Grenzüberprüfung halten sie als verderblich für Europa und den Weltfrieden.

Wein!!

...fertige Mischungen aus Bohnenkaffee und Kathreiner gibts nicht zu kaufen... Gerade diese Mischung schmeckt aber bekanntlich besonders gut. Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst mischen, es lohnt wirklich!

Eine Falschmeldungszentrale?

Der von der „Bohemia“ zur Lüge umgefallene Irrtum des Genossen Fritz Adler über die angeblichen Meldungen einer Prager Nachrichtenstelle wird von der gesamten jüdisch-deutschen Bürgerpresse in der von der „Bohemia“ servierten Form weitergegeben.

Wir erklären daher nochmals:

1. Die Nachricht über die Ermordung Böhels ist von keiner Prager Nachrichtenstelle ausgegeben worden, sondern wurde zuerst vom „Sozialdemokrat“ gebracht, der den übrigens erklärenden Irrtum sofort berichtete.

2. Die Meldungen über die Vorgänge in Spandau erschienen zuerst in einer Wiener bürgerlichen Zeitung und wurden weder vom „Sozialdemokrat“, noch von einer Prager Nachrichtenzentrale übernommen.

Der Irrtum Adlers ist also in beiden Fällen nachgewiesen. Was unsere Bürgerpresse nicht hindern wird, sich auch weiterhin lügend hinter ihm zu verstecken.

Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz im Ausschuss. Der verfassungsrechtliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit dem bereits viele Jahre alten Senatsbeschlusse zum Regierungsentwurf über die Strafverfolgung des Präsidenten der Republik und der Mitglieder der Regierung, das ist also mit dem sogenannten „Ministerverantwortlichkeitsgesetz“. Nach dem Referat des Abgeordneten Dr. Cerun wurde die Generaldebatte eröffnet; nach der Rede des Kommunisten Siska wurde die Sitzung abgebrochen.

Gegen die Verstaatlichung der Gewerkschaften!

Berlin, 6. April. Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ äußert sich ablehnend zu dem Plan einer Verstaatlichung aller Gewerkschaften, der angeblich in den Regierungskreisen erwogen wird.

Diesen ablehnenden Standpunkt begründet das Blatt folgenderweise: Der Staat hat das Volk zur Freiheit und nicht zur Knechtung zu führen. Als Staat wünschen wir uns mit der Regierung in einem freien Rathaus zu treffen, wenn es gilt, die wichtigsten Lebensfragen von Volk und Nation zu regeln. Dann wird auch jeder im Notfall freiwillig den Weg zur Kaserne finden. Wer aber aus dem Staat von vornherein eine Kaserne macht, wird die Pflicht aus der Kaserne erleben.

Chinesische Gegenangriffe.

Totio, 6. April. (Reuter.) Japanische Flugzeuge bombardierten die chinesische Position südlich von der Großen Mauer unweit Sifenka u. Eines der Flugzeuge ist nicht zurückgekehrt. Die Chinesen machen Versuche zur Rückeroberung von Sifenka u.

Sozialdemokratische Gemeindevahlerfolge in Dänemark. Die Gemeindevahlen in Dänemark fanden vom 1. bis 15. März statt. Die sozialdemokratische Partei hat bei diesen Wahlen erfreuliche Erfolge erzielt. Die Partei verfügt nun über die Mehrheit in 35 städtischen Gemeinderäten gegenüber 28 nach den Wahlen vom März 1929; über 528 Gemeinderäte gegenüber 499 und 50,1 Prozent der Wählerkraft gegenüber 49 Prozent. In Kopenhagen gewann die Partei 10.599 Stimmen und erhöhte damit ihre Gesamtstimmenzahl auf 126.940, 61,6 Prozent der Gesamtstimmenzahl, während die Zahl ihrer Gemeinderäte unverändert 35 blieb. Aus den Landgemeinden liegen die endgültigen Ergebnisse noch nicht vor; eine vorläufige Uebersicht zeigt, daß die Partei ihren Anteil an der Stimmzahl seit 1929 von 32,1 Prozent auf 34,3 Prozent gesteigert hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als in diesen Wahlkreisen die Sozialdemokratie bei den Parlamentswahlen 1932 gegenüber 1929 keinen Stimmzuwachs zu verzeichnen hatte.

Minister Dr. Spina über die Bekämpfung der Joachimshaler Bergkrankheit.

Prag, 6. April. Im Gesundheitsauschuß, der heute unter Vorsitz des Genossen Laud tagte, erstattete Gesundheitsminister Dr. Spina im Anhang an sein letztes Exposé einen ausführlichen Bericht über die vom Gesundheitsministerium zur Bekämpfung der Joachimshaler Bergkrankheit bisher getroffenen Maßnahmen. Diese reduzierten sich im wesentlichen auf die Einsetzung einer Kommission, die Erhebungen über die Gesundheitsverhältnisse unter den betroffenen Bergarbeitern durchführte.

Die Ursachen der Bergkrankheit wurden sowohl nach der pathologisch-anatomischen Seite hin (durch Sezierungen und mikroskopische Untersuchungen), wie auch nach der radiologischen und bergtechnischen Seite (hygienische Einrichtungen für die Belegschaft) sowie endlich nach der klinischen Seite hin untersucht. Durch die Arbeiten der Kommission sei als Todesursache fast bei der Hälfte der verstorbenen Bergarbeiter Lungentuberkulose festgestellt worden; weiters wurde festgestellt, daß die durchschnittliche Altersgrenze der an Lungentuberkulose und der an anderen Krankheiten verstorbenen Bergarbeiter sich von einander nicht unterscheiden; und bei beiden Gruppen etwa 55 Jahre ergibt. Die Kommission hat ferner 363 in Radiumbetrieben beschäftigte Arbeiter untersucht, wobei besondere Aufmerksamkeit der Frage gewidmet worden sei, ob und in welcher Zahl Lungentuberkulose aufträte. Die Untersuchung sei in dieser Hinsicht vollkommen negativ ausgefallen.

Der Minister beschränkt sich darüber, daß die Forschungsarbeiten in den letzten beiden Jahren durch das abnehmende (?) Verhalten der Bergarbeiter, namentlich hinsichtlich der Sezierungen, erwidert worden sei. Um hier Abhilfe zu schaffen, habe das Ministerium angeordnet, daß sich an den Sezierungen und den histologischen Untersuchungen der Belegschaft auch ausnahmsweise der Chefarzt der Bruderlade beteiligen kann. (Lange hat es also gedauert, bis dieser selbstverständlichen Forderung der Arbeitererschaft Rechnung getragen wurde!) Das Ministerium denke auch künftig bei der Erforschung des Lungentuberkulose streng nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen und nach anerkannten Methoden vorzugehen.

In nächster Zeit soll eine Vorlage über die Bekämpfung des Radiums zu Heilzwecken ausgearbeitet werden, wobei alle Schutzmaßnahmen angeordnet werden sollen, die bei der Erzeugung, Verarbeitung und Anwendung des Radiums und seiner Nebenprodukte beobachtet werden müssen; dabei werde auch auf die Anträge aus Abgeordnetentreffen Rücksicht genommen werden.

Die Debatte über das Exposé des Ministers wird in der nächsten Ausschußsitzung weitergeführt werden.

Alles das, was der Minister an Maßnahmen zur Rettung der Joachimshaler Bergleute vor der furchtbaren Bergkrankheit angeführt hat, reicht leider bei weitem noch nicht hin, um die berechtigten Wünsche der Belegschaft zu erfüllen. Wir erwarten bestimmt, daß das Ministerium in dieser Richtung noch weitere Maßnahmen treffen und namentlich auch den bekannten Widerstand der staatlichen Grubendirektion, die allerdings dem Arbeitsministerium untersteht, zu überwinden wissen wird. Unsere Genossen, auf deren Initiative wohl alle bisher getroffenen Maßnahmen zurückzuführen sind, werden sicher nicht ermangeln, auch weiterhin diese Behörden unter schärfstem Druck zu stellen, damit sie endlich ihre Pflicht, die Joachimshaler Bergleute vor den schädlichen Folgen des sonst so heilbringenden Radiums zu schützen — ohne Rücksicht auf die finanzielle Seite des Problems — allein im Rahmen der durch die wissenschaftliche Erkenntnis geschaffenen Möglichkeiten gewissenhaft erfüllen!

Kämpfe in der Demokratie.

Unter diesem Titel veröffentlicht das „Prager Tagblatt“ gestern einen Beitrag, in dem u. a. gesagt wird:

Demokratische Regierungen müßten all jene Parteien, die auf Diktatur und Terror losstreben, mit eben diesen Waffen, mit Diktatur und Terror, bekämpfen, solange es nicht zu spät ist. Gerechtigkeit verlangt, daß die Vorteile der Demokratie nur jene Partei genießen darf, die uneingeschränkt auch ihrerseits demokratische Freiheiten gelten läßt. Dabei läßt es natürlich nicht an Lippenbekenntnissen an, sondern auf den programmatischen Wesenskern der betreffenden Partei. Demokratie darf nur die Opposition ehrlich demokratischer Parteien bilden. Wohl ist man ja gegen Oppositionen auch in demokratisch regierten Ländern gelegentlich nicht in Zuchtbanden vorgegangen; aber es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob man fallweise einige Nummern einer Zeitung oder prinzipiell die gesamte Presse einer bestimmten Richtung verbietet. Wir sind als Demokraten Anhänger der Pressefreiheit aber selbstverständlich nur der Pressefreiheit für solche Parteien, die (mögen sie selbst weltanschaulich noch so weit voneinander abheben, wie etwa Zentrum, Nationale, Konservative, Sozialdemokraten, Liberale) auch im eigenen Machtbereich Pressefreiheit gelten lassen. Eine Partei, die, wie der Faschismus oder der Kommunismus, jede oppositionelle Presse, jede oppositionelle Partei oder Menschengruppe als illegal achtet, hat sich selbst mit solchem Programm außerhalb der Gehege gestellt.

Prager Hitler-Imitatoren. Die Arbeiterschaft in Bereitschaft.

Seitdem das hitlerische „Dritte Reich“ über das unglückliche deutsche Volk hereingebrochen ist, halten die hiesigen Vertreter des internationalen Hypernationalismus ihre Zeit für gekommen. Herr Stříbrný glaubt, große Konjunktur zu haben. Der Judenstammung Dr. Kahánek ist persönlich nach Berlin gereist, um „hinreichende Eindrücke“ von den Naziveranstaltungen heimzubringen und der antisemitische Psychopath Hitler wird von den jüdischen Redakteuren des „Tempo“-Verlages in überschwenglichen Worten gefeiert. Die „Nationale Liga“ des Herrn Stříbrný wollte aber nach hitlerischem Muster das tschechische Volk aufkochen noch durch „imposante Kundgebungen des integralen Nationalismus“ für ihr Geschäft begeistern. Wer in den letzten Wochen aufmerksam umhören gehalten und sich über die Meinung der einzelnen Schichten der Prager Bevölkerung orientiert hat, der weiß, wie verschieden der Bestgeruch des „Dritten Reiches“ hierzulande gewirkt hat. Und weiß auch, wie sich bei uns, wie überall auf der Erde die unüberbrückbare Kluft geöffnet hat zwischen den unbeschreibbaren Kreisen einer untergehenden Bürgerwelt und den aufstrebenden Massen des Proletariates.

Hitler und der tschechische Spielbürger.

Dem marxistisch ungeheilten Beobachter mußte der offensichtliche Irrsinn ins Auge fallen, daß der Erzvertreter des „erbfeindlichen Germanentums“, Adolf Hitler, bei den tschechischen Spielern geradezu begeisterte Aufnahme gefunden hat. „Einem Hitler drauschen wir...“ Diese Redensart habe ich hundertmal gehört. In Gesprächen mit Gewerbetreibenden, Advokaten, Ärzten und sonstigen „Intelligenzien“ und Halbintelligenzien. Wollte man zusammenstellen, was da an Erwartungen von einem solchen nationalstischen Messias hitlerischer Prägung und tschechischer Ausgabe geäußert wurde, so würde man den Autor einer solchen Aufstellung unfehlbar der größten Uebertreibung zeihen. Ermäßigung oder gar Abschaffung (!) aller Steuern, dabei Erhöhung der Staatseinkommen, Beseitigung der „Soziallasten“ und der Arbeitslosenunterstützung unter gleichzeitiger Beseitigung der Arbeitslosigkeit überhaupt, Ausrottung aller Deutschen, aller Juden, aller Kirchen, aller Freidenker, aller Banken, aller Sozialisten, der Steuerämter, der hohen Preise, des schlechten Ablasses u. a. m. ... mit einem Wort, alles Uebels auf Erden! Dies ist der mit keinem Wort übertriebene Niederchlag aus hunderten direkt geführter oder im Bierdunst diverser Spielertokale erlauschter Gespräche.

Tagesneuigkeiten

Das Schicksal Prof. Theodor Leffings

Das „Prager Tagblatt“ veröffentlicht folgende Erklärung des bekannten Professors Dr. Theodor Leffing: Nachdem in der Nacht vom 5. zum 6. März meine Wohnung in Hannover überfallen und durch Ausgießen stinkender und beizender Flüssigkeiten zum Wohnen unmöglich gemacht worden war, wurde auch die Volkshochschule der Stadt Hannover, welche meine Frau und ich unserer Heimstadt geschaffen haben und die von meiner Frau durch 14 Jahre geleitet wurde, ihr plötzlich genommen. Sie selber wurde fristlos ohne Entgelt entlassen. Nunmehr läßt das Ministerium für „Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ mir die Mitteilung zugehen, daß ich jeder Lehrlausbahn in Deutschland verlustig bin und daß — nach 25 Jahren Dienstzeit — auch mein verträgliches lebenslangliches zugesichertes kleines Gehalt mir genommen wurde. Darüber hinaus fordert der Staat die Rückzahlung der schon für April ausbezahlten Rente.

Die „Acron“ unauffindbar.

New York, 6. April. An der Stelle, wo Montag das Luftschiff „Acron“ während eines heftigen Sturmes an der Küste von New Jersey verunglückte, kreuzten gestern nicht weniger als fünf Kriegsschiffe, 13 Küstenwachtschiffe und 30 Flugzeuge, um in einem Umkreis von etwa 100 Quadratmeilen nach den Leichen der Besatzungsmitglieder zu suchen. Es darf als wahrscheinlich angenommen werden, daß das Wrack des Luftschiffes die Mehrzahl der 71 Vermissten birgt. Die Suche ist bisher ergebnislos gewesen.

Pariser Studenten streifen.

Wegen Sperrung der Aufnahme in den Staatsdienst.

Paris, 5. April. Die Studenten der Rechts- und philosophischen Fakultät beschloßen heute, zum Zeichen des Protestes in den Streik zu gehen und dagegen zu demonstrieren, daß die Regierung bisher keine Maßnahmen ausgearbeitet hat, um den heuer absolvierenden Studenten den Eintritt in die Staatsdienste zu ermöglichen. Finanzminister Chéron hat durch Dekret für das Jahr 1933 Neuaufnahmen untersagt. Das Unterrichtsministerium entschloß sich für die Schließung der Universitäten, falls der Streik weiter und sich greifen sollte. Den Delegierten des Allstudentenverbandes wurde seitens des Unterrichtsministers die Zusicherung gegeben, auf die zuständigen Ministerien dahin einzuwirken, wenigstens die teilweise Aufnahme neuer Kräfte, insbesondere in die Schuldienste, zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit diesem Studentenstreik ereigneten sich heute im Quartier Latin zwischen streikenden und nichtstreikenden Studenten Zusammenstöße. Die Polizei hat den Vorhof der Universität geräumt. Mehrere Personen wurden verhaftet. Man rechnet damit, daß

die Universität bis zu den Osterfeiertagen geschlossen werden wird.

Und die Arbeiter.

Eine andere Welt öffnet sich uns, wenn wir uns zu den tschechischen Arbeitern begeben. Man gehe in die Betriebe und Baustellen, in die Arbeiterwohnungen und Volkshäuser — man fühlt überall die unbeschreibbare, internationale, weltumspannende Solidarität der arbeitenden Klasse. Wägen gewisse Zeitungen versuchen, ihr abgestandenes Parteitumppden an dem Unglück des reichsdeutschen Proletariats aufzuwärmen! Das Proletariat marschiert!

Bei drei Versammlungen des faschistischen Unternehmers Stříbrný hat die Arbeiterschaft ihr Wort gesprochen. In Rusle konnte ich dabei sein. Ohne Auftrag, ohne Agitation, ganz spontan stellten sich die Arbeiter und die sozialistischen Studenten ein. Ein alter Genosse, ein Mauerpolier zog mich mit. „Heute will der Arbeiterkäufer, unbemehrte Arbeiterkäufer, werden bald Herr über die Boxer und Gummimittel der faschistischen „Ordner“. Und in dem Saal, wo die nationalen Phrasen erklingen sollten, erdröhnte die „Internationale“. Natürlich griff die Polizei ein und stellte die gar nicht mehr gestörte „Ordnung“ her.

Die hiesige Arbeiterschaft hat voll begriffen, worum es geht. Sie hat die faschistischen Drahtzieher nicht im Zweifel gelassen, daß sie auf dem Posten ist.

Hier! Hier!

Ende der Prohibition.

New York, 6. April. Das „trockene“ Regime wird heute mitternacht in 19 Staaten zu Ende gehen. In den meisten Städten wird in Hotels, Restaurants und Klubs um Mitternacht Bier ausgeschenkt. Eine Ausnahme macht New York, wo die Wirt beslossen haben, vor morgen 6 Uhr früh kein Bier auszuschenken, um Ausschreitungen zu verhindern, die dem „nassen“ Regime nur Schaden könnten.

5 : 1 für die „Rassen“.

Milwaukee, 6. April. Der Staat Wisconsin, in dem seit 14 Jahren jeder Bezirk „trocken“ gewählt hat, hat bei den Dienstag vorgenommenen Wahlen eine Schwenkung vorgenommen und hat derart „naß“ gewählt, daß es sogar diejenigen überrascht hat, die keine Anhänger der Prohibition sind. Seit dem Jahre 1919, in dem der Staat das Prohibitionsgesetz ratifizierte, haben die gestrigen Wahlen zum erstenmal das entgegengelegte Bild gezeigt. Die Wähler haben nämlich annähernd im Verhältnis von 5 : 1 zu Gunsten der Aufhebung der Prohibitionsbestimmungen gestimmt.

Im Staate Michigan wurden die Wahlen einen Tag vorher vorgenommen; sie fielen aber nicht so „naß“ wie bei dem Nachbarstaate aus.

Der schiefe Turm von Pisa

erhält eine „Zementinjektion“.

Mit einer der interessantesten Bauherhaltungsarbeiten wurde dieser Tage in Pisa begonnen, nämlich mit der sogenannten Zementinjektion des schiefer Turmes. Das Problem der Neigung des Turmes ist nach Ansicht der Techniker genau so alt wie der Turm selbst, denn die Neigung setzte gleich nach dem Aufbau ein und hat dann in den nachfolgenden Jahrhunderten angedauert, ohne daß man sich genau über den Grad derselben unterrichten konnte. Während der Jahre 1817 bis 1911 betrug die Neigung zur Abweichung jährlich zwei Millimeter, später bloß einen Millimeter jährlich. Im Jahre 1913 entstand ein unbedeutender Alarm, als es einigen Bewohnern schien, daß die Neigung zunehme, was sich jedoch als nicht richtig erwies. Besondere Fachkommissionen konnten jedoch sicherstellen, daß statisch der Turmbau auch weiter unsicher erscheint. Die neue Technikerkommission konnte im Laufe von vier Jahren experimentell feststellen, daß es möglich ist, mittels eigens durchgeführter Zementinjektionen in den Grundboden das Terrain wesentlich zu verbessern. Auf Grund dieser Erfahrungen soll nunmehr die Einführung von Zementrohren auf der ganzen Grundbasis des Turmes durchgeführt werden. Deshalb wurde in diesen Tagen der Turm abgeschlossen und das Tor zum Glockengehäuse gesperrt. Um während der „Injektionsarbeiten“ dennoch den Besuch des berühmten Turmes zu ermöglichen, ist seitwärts ein eigenes Stiegenhaus errichtet worden,

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samsstag.

Prag: 6.16 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Heimatkunst, 20.00 Sinterabend. — Brünn: 12.30 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Seitere Lieder. — Mählar: 17.00 Aus älteren Operetten. — Königberg: 16.00 Orchesterkonzert — Langenberg: 20.00 Lieber zur Laute. — Rügen: 18.55 Gitarrenkonzert. — Wien: 18.50 Aktuelle Stunde, 20.00 Alte und neue Musik auf zwei Superpianos, 20.35 Opernphantasien, 21.00 Opernübertragung aus Italien.

das gestattet, die Einzeltagen zu besichtigen. Wenn auch keine unmittelbare Gefahr droht, so wollte man dennoch auf Anraten der Techniker die Arbeiten durchführen, da die in der Gegend häufig auftretenden Erdbebenbewegungen Einfluß auf die Statik des alten Monuments haben könnten.

Aus Unvorsichtigkeit seine Frau erschossen.

Vor dem Straffenate des Kreisgerichtes in Ungarisch-Gradißa verantwortete sich der 27-jährige Franz Sákina aus Luzice bei Hodonin, der durch unvorsichtiges Handeln mit einer Schußwaffe den Tod seiner Frau verschuldete. Sákina hatte sich von seinem Freunde ein Flobertgewehr ausgeliehen, um seinen Hund zu erschicken. Damit niemand sehe, daß er ein Gewehr trage, versteckte er den Schaft in der Dose und den Lauf in einen Rockärmel. Unglücklicherweise war das Flobertgewehr geladen und als Sákina den Lauf aus dem Ärmel zog, löste sich ein Schuß und die Kugel traf seine Frau, als sie gerade über dem Kinderwagen gebeugt stand. Frau Sákinaová war sofort tot. Sákina wurde zu sechs Wochen Kerkers verurteilt.

Ausreise - Sichtvermerk für reichsdeutsche Staatsbürger.

Die deutsche Gesandtschaft in Prag teilt mit: „Deutsche Reichsangehörige (mit Ausnahme von Kindern unter 15 Jahren) benötigen ab 4. April für die Ausreise aus Deutschland eines Sichtvermerks. Deutsche Reichsangehörige mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt in der Tschechoslowakischen Republik können diesen Ausreisefestsetzungsvermerk von den zuständigen deutschen Botsstellen (Gesandtschaft Prag, Konsulate in Brünn, Reichenberg, Pilsen, Rastchau) auch vor der Einreise nach Deutschland erhalten. Der Sichtvermerk wird für einmalige Ausreise mit einmonatiger Dauer, für mehrmalige Ausreise höchstens für die Dauer von sechs Monaten ausgestellt.“

Ein bißchen mager . . .

Zwei oder drei Tage nach der Reichstagswahl traf ich am Bahnhof Börse eine marschierende SA-Abteilung, die von einer festlich aufgeregten Menge begleitet wurde. „Sie wollen die Börse schließen“, schreit mir ein Bekannter zu, den ich in der Menge erweise.

Donnerwetter! Das muß ja eine großartige Sensation werden! Das muß man miterleben haben!

Ich fasse Posten auf der Brücke, die von der Burgstraße nach dem Lustgarten hinüberführt. Von hier aus kann ich die Eingänge der Börse genau übersehen. Und ich brauche auch nicht zu befürchten, daß mir einer der herausstehenden Börsianer gleich gegen die Füsse steigt, denn zwischen mir und der Börse ist ein gutes Stück Spreewasser.

Aber herausspritzen werden sie, die Börsianer, die Pant- und Börsenfürsten. Jetzt ist Schluß mit dem Schacher! Jetzt wird ausgeräumt mit dem „arbeits- und mühelosen Einkommen.“ Alle Leute, die um mich herumstehen, sagen es. Und es sind Sachverständige unter ihnen, die es genau wissen müssen. Sachverständige dieser Branche tragen in der Regel ein Halbkreuz im Knopfloch.

Inzwischen hat die SA-Abteilung am Börseneingang Aufstellung genommen. Vier oder fünf starke Männer aus der Spitze der Abteilung schreiten mit schnellen Schritten die Stufen zur Börse empor und verschwinden im Innern.

Die Spannung um mich herum ist auf den Siedepunkt gestiegen. Gleich werden wir von diesen „elenden Parasiten“ befreit sein! Befreit durch Hitler, durch Hitlers unergleichliche SA. Gleich — — — gleich werden wir alle das Horst-Wessel-Lied singen!

Aber, — es spricht nicht . . . Der Mechanismus scheint nicht zu funktionieren. Ob eine Störung . . . vielleicht wehren sie sich, die elenden Salunken, . . . vielleicht . . .!

Aber da geht es los. Auf dem Dach nämlich. Man sieht einen braunen Herrn auf dem Dach herumturnen, eine Fahne wird aus einer Luke herabgerichtet, und schon flattert das Halbkreuzbanner über dieser Stätte des „jüdischen Schachers.“

Recht so! Daran haben wir natürlich nicht gedacht. Man muß seine Farbe zeigen. In diesem Reichen werden wir das „raffende Kapital“ beseitigen.

Wir warten weiter. Wir haben sogar sehr lange gewartet. Und als schließlich die SA-Abteilung wieder abmarschierte, und als ich da ganz fassungslos einen der Herren Sachverständigen fragen wollte, da war ich allein.

Aber gespritzt?? Nein gespritzt hat es gar nicht! F r i k u.

In einlicher Fund.

Bratlava, 6. April. Heute vormittags wurde in einem Weinberg unweit des Gasthauses Valzel der Kopf und der Hals einer unbekanntenen Frau gefunden. Die Haare sind braun. Der Kopf war längere Zeit, etwa 15 Zentimeter tief, vergraben; die Identität der Frau konnte nicht festgestellt werden.

Gorillas als Scharfrichter.

Affen erzwängen Verbrecher. — Noch 3000 Gorillafamilien in Afrika.

Der berühmte Löwenjäger Felton, der in den Urwäldern Afrikas und Indiens gejagt hat, erzählt von seinen aufregenden Jagderlebnissen und den ungewöhnlichen Ereignissen, die er mitten in der Wildnis miterlebt hat.

Besonders eigenartig ist seine Erzählung von der Sitten einiger afrikanischer Stämme, Verbrecher, mit denen sie nichts mehr anfangen können, in die Wildnis zu treiben, damit sie dort von den Gorillas erzwängt und getötet werden. Das geschieht aber nur bei solchen Personen, die der Stamm für rettungslos verlorene Schurken ansieht. Felton selber hat miterlebt, wie diese grausame Strafe an einem Stammesangehörigen vollzogen wurde. Dieser Mann hatte der Frau eines andern nochgestellt und war von ihr abgewiesen worden. Da er aber seine Verbungen nicht einstellte, sondern sie weiter mit seiner Liebe verfolgte, hatte er schließlich Erfolg. Aber man kam ihm auf die Spur und verurteilte ihn zum Tode, da auf Ehebruch dort der Tod steht. Da aber in jenen Gebieten eigentlich nur nach dem Geiz der weißen Oberherren Recht gesprochen werden darf, durfte die Hinrichtung nicht öffentlich vollzogen werden, sondern man behielt den Verurteilten in die Wildnis, wo die Gorillas hausten, und zwar wurde der Schuldige von einer kleinen Gruppe von Eingeborenen dorthin geleitet. Als die ersten Gorillas sichtbar wurden, begannen die Eingeborenen die Trommeln zu schlagen und ein geländes Geheul auszustößen, um die Gorillas wild zu machen. Bald antworteten diese mit lautem Gekreisch, und einer von ihnen, ein Riese von Gestalt, ging zum Angriff über. Da warfen die Eingeborenen den Verurteilten in das Unterholz, in Reichweite des ungeheuren Gorillas, der auf einen Baum gesprungen war. Von dort griff er mit seinen Zähnen nach ihm und erzwang ihn mit einem einzigen Griff. Die Eingeborenen stüchteten so schnell sie konnten. Die Leiche des Hingerichteten aber bleibt im Urwald liegen.

Am allgemeinen weiß man von den Gorillas, daß sie Menschen nicht gefährlich sind, wenn sie nicht gereizt werden. Einige Jäger haben behauptet, daß es in Französisch-Westafrika eine Art Gorilla gäbe, die Menschen fräßen, aber das dürfte eine unbewiesene Legende sein, denn es ist festgestellt, daß die Riesentiere hauptsächlich von Bambusblättern und wildem Sellerie leben, also ausgesprochene Vegetarier sind.

Der Gesamtbestand an Gorillas in ganz Afrika wird auf weniger als 3000 geschätzt, deshalb hat die belgische Regierung bereits ein Art Gorilla-Schutzpark angelegt. In Britisch-Westafrika werden bisweilen große Gorilla-Jagden veranstaltet, da die Eingeborenen das Gorilla-Fleisch gern essen; einmal wurden an einem einzigen Tag elf Gorillas getötet. Im Juli aber wurde ein junger Jäger von einem Gorilla so schrecklich zugerichtet, daß diese Gorillajagden einstweilen verboten sind und man ohne den Gorilla-braten auskommen muß.

Im Kongogebiet sind die Eingeborenen meist zu furchtlos, um auf Gorillas Jagd zu machen, hier sind es allenfalls die Zwergvölker, die eine Gorillajagd unternehmen. Besonders weiß einer ihrer Häuptlinge, Sultan Kabeula, mit den Gorillas Bescheid. Man kann ihn als den größten Gorillakenner Afrikas bezeichnen. Er ist etwa einen Meter zwanzig groß und ein Säugling des Bambusi-Zwergvolkes. Er kennt alle Wege, die die Gorillas gehen und ihre Plätze, an denen sie sich aufhalten. Martin R e s t e.

Zähne können Sie kaufen

- aber nicht Ihre eigenen!



Zahnstein bringt oft Zahnausfall!

Aus Kalksalzen, Bakterien und Pilzen entsteht der gefährliche Zahnstein. Hinter den Zähnen verrichtet er sein Zerstörungswerk. Hier hilft keine gewöhnliche Zahnpaste — hier hilft Kalodont! Denn Kalodont enthält als einzige Zahncreme in diesem Land das wissenschaftlich anerkannte Sulfurizin-Oleat nach Dr. Bräunlich. Es entfernt allmählich und sicher den Zahnstein und verhindert seine Neubildung. Richtige Zahnpflege heißt: 2 x im Jahr zur Kontrolle zum Zahnarzt... 2 x täglich Kalodont!

KALODONT

gegen Zahnstein

War es so — wird es so kommen?

Diesmal im März haben, im Wirtshaus der Rot, Menschen ihr Vaterland und Mutterland Deutschland uns Palenkreuz geschlagen...

Hitler, Göring, Goebbels, die drei rasenden Gärtner des neuen „nationalen Deutschland“, haben Drachensaat gesät... Wehe, wenn sie aufgeht! Ihre Blumen werden nicht duften, nicht leuchten frisch und frei in den Sonnenschein und sich des Abends nicht schließen in stillem Erschauern vor der Finsternis der Nacht und dem Walle der großen, stillen Ewigkeit. — Die Blumen der blutigen Saat werden sich dem hellen Licht, der ewigen Wahrheitsucherin, nicht öffnen können, in demütvoller, still-beschiedener Schönheit, Klarheit und Wahrheit. Sie werden stumm, steif und verschlossen stehen, maßlos hahlaugend... Nur in der Nacht wird aus ihren Reischen, spig wie Dolche, Blut, Gift und Galle träufeln... wie sie der Kern entklebt, den die drei Palenkreuzgärtner diesmal im März säten...

Am 21. März wurde einmals das deutsche Kaiserreich einem Reichstag, dem ersten deutschen, verkündet.

Am 21. März 1917 begann die große Offensive, die letzte, verzweifelte, zum Durchbruch der Westfront.

Und am 21. März 1933 schrieb ein Göring (im Morphiumwahn?) heraus den Sieg der Nazi: und als Frucht: „Neuer Potsdamer Geist“

Potsdam und Geist? Kann die Aute Leben spenden, Früchte bringen, Segen und Glück senden? —

Zwischenundvierzig Jahre Reichstag und Volk in Fesseln... In drei Monaten schon brach jene März-Offensive zusammen...

Am 9. November 1918 aber wurde Deutschland frei. Die Unterdrücker und Fesselhalter flohen... Und liehen zurück, ein verratenes Volk, einen Trümmerhaufen und Männer, die den Mut hatten, zuzupaden... (Aber auch einen Trommler, der sich den behäbigen bairischen Schnüffel-Schnauzart englisch gestutzt zur energiegeladenen „Mücke“, erst der bairischen, später der deutschen Doffentlichkeit blerbrausend, phrasenaustauschend,

Berson GUMMIABSATZE advertisement with logo and text: elegant, bequem, dauerhaft, billig.

Die deutsche Sprache in Amerika.

... wäre Leinache Amtssprache geworden. — Die bedeutendste Parlamentsabstimmung aller Zeiten.

Am 4. Juli 1776 trat in Philadelphia, der sogenannten Kontinentalkongress zusammen, der von Vertretern der 13 englischen Kolonien besetzt wurde, die im Ende des Jahres 1773 im Kampf mit dem britischen Mutterland lagen und völlige Unabhängigkeit erstrebten, bis sie dann auch nach zehnjährigem wechselvollem Kampf durch den Frieden von Versailles endgültig erreicht wurde. Der Kontinentalkongress vom Jahre 1776 hatte die Hauptaufgabe, die Unabhängigkeit offiziell zu proklamieren, was durch einen einstimmigen Beschluß bewerkstelligt wurde.

Dieser Kongress, der Vorläufer des jetzigen Parlaments der Vereinigten Staaten hatte aber auch noch andere Aufgaben zu erfüllen, die mit dem Kampf gegen England zusammenhingen. So beschloß er, daß in allen Schulen der 13 Kolonien eine gründliche Reform zugunsten der Pflege des Freiheitsgedankens durchgeführt werden sollte. Er verfügte ferner die Bekämpfung aller Denkmäler bedeutender Engländer, wie der: überhaupt keine Beschlässe dokumentieren, daß die abtrünnigen Kolonien von einem tödlichen Haß gegen das Mutterland erfüllt waren.

Die nordamerikanische Union umfaßte damals rund dreieinhalb Millionen Einwohner, unter ihnen etwa 300.000 Deutsche. Das englische Element war weitens vorherrschend und

hatte gerade in den Jahrzehnen vor Ausbruch des Unabhängigkeitskriegs das französische fast völlig verdrängt. Die Deutschen hingegen hatten es verstanden, ihre Eigenart zu bewahren, und die deutschen Einwanderer waren zum großen Teil auch qualitativ so beschaffen, daß ihnen eine gewisse Sonderstellung zukam. So ist es denn kein Zufall, daß der Kongress gerade in Philadelphia vollammentrat, der Stadt mit einem damals fast völlig deutschen Gepräge, in dessen Vorort Germantown die erste deutsche Siedlung lag, die für weite Teile der Union kulturell tonangebend wurde.

Deutsche, die der Selbstständigkeitsdrang aus der Heimat vertrieben hatte, waren es auch, die gemeinsam mit freiheitsliebenden Angelsachsen den Unabhängigkeitsgedanken schürten, so daß die englischen Kolonialbehörden dem deutschen Element nicht gerade freundlich gegenüberstanden und eine zeitlang sogar Ausnahmegesetze gegen die Deutschen in den nordamerikanischen Kolonien in Erwägung gezogen wurden.

Wie stark das deutsche Element zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges in Nordamerika war, zeigt das Schicksal eines Antrags im Kontinentalkongress kurz nach Proklamation der Unabhängigkeit. Von englischen, nicht etwa deutschen Delegierten mehrerer Kolonien wurde der Antrag eingebracht, Deutsch zur Amtssprache in der Union zu erklären, um damit auch sprachlich die Trennung vom Mutterland zu dokumentieren. Es kam über diesen Antrag soeben zu dramatischen

Verhandlungen, bis schließlich zur öffentlichen Abstimmung geschritten wurde. Das Ergebnis brachte eine einzige Stimme Mehrheit zugunsten der Beibehaltung der englischen Sprache. Wie es heißt, soll ein Delegierter aus einer ehemals französischen Kolonie, der zunächst für die deutsche Sprache gewonnen war, im entscheidenden Moment umgefallen sein, worüber im Kongress große Erbitterung herrschte.

Diese denkwürdige Abstimmung ist jetzt fast vollkommen vergessen, obwohl sie zweifellos eine der bedeutendsten Abstimmungen gewesen ist, die jemals in einem Parlament stattgefunden haben. Denn unauwendbar wären die Folgen gewesen, wenn dieser eine französische Delegierte sich für die deutsche Sprache ausgesprochen hätte. Damit hätte die Weltgeschichte einen grundlegend anderen Verlauf genommen.

Als die Engländer unter Lord Howe im September 1777 die neue Bundeshauptstadt Philadelphia nach einer schweren Niederlage der Truppen der Kolonien unter Washington einnahmen, hausten sie fürchterlich in der Stadt. Die größten Verwüstungen richteten sie in dem Vorort German Town an und mancher friedliche deutsche Einwohner hat dabei den Tod gefunden. Die Zerstörung von German Town war die Rache für den allerdings misslungenen Versuch, die aufständigen Kolonien zu einem deutschsprachigen Land zu machen, ein Versuch, für den die Engländer fälschlicherweise in erster Linie die Deutschen verantwortlich machten. S. S.

Schuh an die Dede, Juda verrede, Deutschland erwachen mit Palenkreuzsachen vorzuehnte, vorstellte; vor allem aber sich empfahl dem geneigten deutschen Kapital als neuer Gärtner, Pförtner und Wärter im großen deutschen Hammel- und Palenkreuzgarten...)

Der Coup gelang, endlich, nach vierzehn Jahren.

Hitler, Göring, Goebbels haben Drachensaat gesät... Aber Früchte wird diese Saat ebensowenig treiben wie die Potsdamer Aute...

Frühlingsanfang, 21. März 1933, März-Offensive des Palenkreuzes im Reichstag...

Wie lange bis das deutsche Volk erwacht aus dem Nationalwahntaumel? ... Wenn der Herbst kommt, ohne Frucht und Ernte, nur wild wucherndes, spiges, giftsprigendes Palenkreuzkraut überall den Garten überwuchert, überrannt, überstaut... deutsches Volk, ist dann auch die Zeit wieder da, diese Giftblumengartenwärtter, Palenkreuzkräutergroßzieher zum Teufel, Satan, Beelzebub, Baal, Moloch-Rammon, ihrem großen Auftraggeber, zurückzujagen? J. S.

Gerichtssaal

Kindesmord.

Schande, Hunger und „Moral“.

Prag, 6. April. Zwei Tatbestände enthält unser 130jähriges Strafgesetzbuch, die ausschließlich der proletarischen Welt zuzurechnen sind. Es ist der § 144 (Fruchtbarkeitsverhütung) und der § 139 (Kindesmord). Und eben gegen die beabsichtigte Reform der Strafbestimmungen hinsichtlich dieser zwei Proletariatsdelikte läuft die reaktionäre Meute während Sturm. Gerade deshalb, weil sich hier das böse Gewissen der noch herrschenden Klasse regt, die sich wohl dessen bewußt ist, daß es die von ihr verteidigte „Gesellschaftsordnung“ ist, die solche grauenhafte Taten ermöglicht — nein, erzwingt.

In beiden Fällen handelt es sich um die entsetzliche Tatfache, daß eine Mutter das neue Leben tötet, das sie zur Welt gebracht hat, oder zur Welt bringen soll. Rot und Schande — das sind die Schreckenswörter, die solche Taten herausbeschwören. Die kauschen Töchter millionenschwerer Kapitalisten und die tugendhaften Gattinnen staatsverhaltender und patriotischer Generaldirektoren entledigen sich der unerwünschten Nachkommenschaft in luxuriös eingerichteten Sanatorien unter wohlwollender Tuldung eben jener Obrigkeit, welche jetzt anderen, die nicht reich genug sind, 500 K Tagespension zu erteilen, mit stiller Entrüstung vor Gericht stellt. Wehe euch, Verbrecherinnen, die ihr am Abort, im Kohlenkeller, am Heuboden, im Straßengraben eure schwere Stunde erlebt und in eurer Verzweiflung das junge Leben, das ihr nicht ernähren könnt, das euch der Ausicht beraubt, eine Arbeit zu finden — wenn ihr euer Kind, dem ihr eben erst das Leben geschenkt habt, tötet! Wehe euch, im Namen der Gerechtigkeit!

Ein solcher Stereotyp Fall wurde heute vor dem Schwurgerichtshof des OGH. Svoboda verhandelt. Es ist wieder (und selbstverständlich) eine Proletarierin, ein Dienstmädchen. Ein liebes, junges Geschöpf von 21 Jahren. Auf die Einzelheiten einzugehen, ersüßigt sich. Den Anstoß zu der Verurteilung gab eine Unterredung mit dem Geliebten, wobei sich dieser äußerte, er wolle sie „nicht mehr sehen“. Das war kurz vor der Geburt, die die Angeklagte auf dem Heuboden des Bauerngutes, wo sie hienie, abfolvierte. Die junge Mutter hielt dem eben geborenen Kind mit der Hand Mund und Nase zu, so daß es erstikte. Sie ist voll geländig und weinte bitterlich während der ganzen Verhandlung. Das Motiv der Tat: Mitleidigkeit. Durch: vor der Schande und das Wissen um die Unmöglichkeit, sich selbst und das Kind in Zukunft zu ernähren. Wir leben ja bekanntlich in einer „sozial-gewollten Ordnung“.

Als Verteidiger fungierte Dr. Antoni (unseres Wissens zum erstenmal) in vorbildlicher Weise. Dieser junge Anwalt wußte die menschliche und soziale Seite dieses Falles in hervorragender Weise klarzulegen, wobei er sich doch von allen Fesseln der alten Verteidigerlehre freimachte. Erwähnung verdient auch das Resumee des Vorsitzenden OGH. Svoboda, der den Geschworenen ihre Pflicht und ihr Recht als Volksrichter, die über dem Wortlaut des Paragraphen stehen, klar zu machen wußte.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nur mit sieben Stimmen, so daß die erforderliche Achtstimm-Mehrheit nicht erreicht wurde und der Vorsitzende sogleich nach Verkündung des Urteils den Freispruch verkündigen konnte. Da der Staatsanwalt keinerlei Rechtsmittel geltend machte, wurde die Angeklagte sogleich auf freien Fuß gesetzt. rb.

PRAGER ZEITUNG.

Die Subvention des Neuen Deutschen Theaters.

Ein bedenklicher Beschluß des Landesauschusses.

Das Neue Deutsche Theater in Prag hat nach einem Vertrag mit dem Land Böhmen, der am 30. August d. J. zu Ende läuft, bisher jedes Jahr eine Subvention von 1.370.000 Kč erhalten. Im Budget für das Jahr 1933 war aber nur eine Summe von 1.325.000 Kč ausgeworfen. Diese Summe war deswegen niedriger als in früheren Jahren, weil für die Monate September bis Dezember 1933, für die der Vertrag nicht mehr galt, die Subvention um 10 Prozent herabgesetzt war — wie alle Subventionen, die das Land Böhmen regelmäßig ausahlt. Die deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter traten bei der Budgetberatung dafür ein, daß die Subventionen für alle Theater in derselben Höhe wie im Vorjahre ausbezahlt werden sollten, was auch zur Folge gehabt hätte, daß die Subvention für das Prager Theater auf der gleichen Höhe geblieben wäre. Diese Anregung scheiterte aber an dem Widerstande der Nationaldemokraten.

Diese Partei, welcher der Kulturreferent des Landes, Landesauschuhbeisitzer Slavaty angehört, bemüht sich nun schon seit Monaten, die Subvention für das Neue Deutsche Theater in Prag beträchtlich herabzusetzen. Sie begründet dies damit, daß die Subventionierung des tschechischen Nationaltheaters durch das Land Böhmen völlig aufgehört habe, was aber, wie wir hinzufügen wollen, nur darin seinen Grund hat, daß eben der Staat die Subventionierung der ersten tschechischen Bühne des Landes übernommen hat. Den deutschen Landesauschuhbeisitzern waren die Absichten der Nationaldemokraten bekannt, sie hatten es aber bisher durchgesehen, daß die bezüglichen Anträge des Kulturreferenten des Landes nicht zur Verhandlung gelangt sind. In der Sitzung des Landesauschusses vom 5. April nun überfiel der Landesauschuhbeisitzer Slavaty den Ausschuh mit einem Antrage, jenen Teil des Subventionsbeitrages für das Neue Deutsche Theater, der für die Zeit ausbezahlt werden sollte, da der Vertrag nicht mehr Geltung habe, und der insgesamt etwa 411.000 Kč beträgt, nicht dem Deutschen Theater in Prag zu geben, sondern dem Prager Theater nur etwa ein Viertel des Betrages zukommen zu lassen, ein Viertel den deutschen Provinztheatern in Reichenberg, Aussig,

Tepliz und Brüx und den Rest den tschechischen Theatern in Prag-Weinberge, Pardubiz und Kladno zuzuteilen. Der Vertrag solle in der alten Form nicht mehr erneuert werden, so daß der Theaterverein jedes Jahr von neuem um eine Subvention — die natürlich viel niedriger wäre, als die bisherige — ansuchen müßte.

Die deutschen Landesauschuhbeisitzer suchten in der Sitzung vom 5. April die Verhandlung über die Anträge des nationaldemokratischen Kulturreferenten auszuführen, und schlugen dem Landespräsidenten vor, den Antrag von der Tagesordnung abzugeben. Das tat aber der Landespräsident Soboiska nicht, er brachte den Antrag Slavaty zur Abstimmung und dieser Antrag wurde auch gegen die Stimmen der deutschen Landesauschuhbeisitzer angenommen.

Schuld an der Entwicklung der ganzen Angelegenheit sind die Nationaldemokraten, die sich seit Jahr und Tag bemühen zu einer Herabsetzung der Subvention für das deutsche Theater und damit zu einer Schädigung des ersten deutschen Theaters in der Republik und einer der bedeutendsten deutschen Kulturstätten in diesem Lande zu gelangen. Der Antrag Slavaty war ein Überfall. Die Nationaldemokraten sollten sich allerdings überlegen, ob eine solche Politik, die sie da treiben, vernünftig und für den Staat nützlich ist. Es ist das die alte nationale Nadelstichpolitik, mit der das alte Oesterreich nicht gerade die besten Erfahrungen gemacht hat. Die Nationaldemokraten beweisen nur, daß sie aus der Vergangenheit nichts gelernt haben.

Freilich ist das letzte Wort über diese Angelegenheit noch nicht gesprochen, es wird in der nächsten Zeit über einen neuen Vertrag des Landes mit dem Theaterverein verhandelt werden müssen und es ist selbstverständlich, daß unsere Partei bestrebt sein wird, sowohl den Bestand des Deutschen Theaters in Prag, als auch den der deutschen Provinztheater auf der bisherigen künstlerischen Höhe zu erhalten.

Im übrigen werden wir uns mit anderen Gesichtspunkten, von denen aus die Frage des Prager deutschen Theaters mitzubeurteilen ist, an einem der nächsten Tage beschäftigen.

Antifascistische Rundgebung

der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Boale Zion“ in Prag.

Gestern fand in Prag eine Protestversammlung der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Boale Zion“ gegen den Faschismus statt. Der Saal des „Lidov dóm“ war überfüllt, als der Vorsitzende die Versammlung eröffnete. Als erster Redner sprach der tschechische sozialdemokratische

Abg. Gen. Robert Klein,

der zunächst die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen des Sieges der faschistischen Reaktion darlegte. Die deutsche Sozialdemokratie hatte nach mehreren Fronten schwer zu kämpfen. Auch die Kommunisten haben die Kraft der deutschen Sozialdemokratie untergraben und das muß nun die gesamte deutsche Arbeiterklasse büßen. Im Faschismus sind die verschiedensten Schichten vereinigt: Junker, Generale, Kapitalisten und Mittelstand. Der Kampf gegen die Juden wird militaristisch geführt, als ein Kampf bewaffneter Banden gegen unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder. Gegen diese Barbarei treten wir auf das Schärfste auf und werden uns darin von Herrn Goering nicht im geringsten beeinflussen lassen. Wir werden weiter die Pyrome und Brutalitäten verurteilen, die in Deutschland an der Tagesordnung sind. Wir müssen auch auf die internationalen Verwicklungen aufmerksam machen, die aus dem Hitler-Regime entstehen können. Die Sozialdemokratie muß laut die Stimme gegen die Kriegsgefahr erheben. Die illegale Armee Deutschlands ist eine Bedrohung der Nachbarn.

Auch in der Tschechoslowakei gibt es deutsche und tschechische Faschisten und jede bürgerliche Partei hat ihren faschistischen Flügel. Da muß die Regierung sich dessen bewußt werden, daß sie die Gegner der demokratischen Verfassung des Landes entsprechend behandelt. Entweder für die Republik oder für den Faschismus! (Beifälliger Beifall.)

Sodann sprach

Gen. Dr. Emil Strauß,

der die Versammlung namens der deutschen Sozialdemokratie begrüßte. Er erklärte, daß die Sozialdemokraten aller Nationen dieses Landes den stärksten Widerstand gegen den Faschismus bilden. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie der Republik gehen seit 1928 in voller Einmütigkeit vor, ihre Kampfgemeinschaft werde sich nun im Ringen mit dem größten Feinde der Arbeiterklasse, dem Faschismus, erweisen müssen. Die Taktik der beiden Parteien müsse davon geleitet sein, die demokratischen Freiheiten in diesem Staate zu erhalten und zu festigen. Wir müssen uns dessen mehr als bisher bewußt werden, daß wir einem rücksichtslosen Gegner gegenüberstehen, der nur mit der Anwendung der größten Energie und aller sittlichen

Leidenschaften niedergeschlagen werden kann. Die Palenkreisler Deutschlands, die ihre Nordbarden schon nach Oesterreich und Liechtenstein gesandt haben, werden auch an den Grenzpfählen der Tschechoslowakei nicht Halt machen.

Die deutsche Arbeiterklasse dieses Landes ist die Grenzwehr gegen die Pest, die aus Deutschland herüberzudringen droht,

und sie wird diese Funktion im Bunde mit der Sozialdemokratie der anderen Nationen der CSR erfüllen. Möge der deutsche Faschismus heute noch siegestrunken sein. Die Gesetze der Wirtschaft, die zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen, sind stärker als die stärksten Worte in den Mundfunkreden der Naziminister. Redner schließt mit den Worten Freiligraths, welche dieser nach dem Scheitern der Revolution von 1848 sprach, Worte, die eine Drohung sein sollen für unsere Feinde und ein Treuschwur für uns: **Noch i n d n i c h t a l l e M ä r z e n v o r b e i !** (Stürmischer Beifall.)

Als dritter Redner sprach der Vertreter der Boale-Zion

Gen. Dr. Arthur Heller.

Er zitiert den größten deutschen Dichter Goethe der gesagt hat: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“. In welchem Gegensatz steht diese Anschauung zu dem, was heute in Deutschland geschieht. Nur wenige Jahre sind seit dem furchtbaren Weltkrieg vergangen und wieder triumphiert in dem großen Nachbarreiche die Barbarei. Die Juden haben geglaubt, daß ihre Freiheit gesichert sei, aber sie sind aus diesem Traume furchtbar geweckt worden. Sie wissen nun, daß die Zeiten des finsternen Mittelalters für sie noch nicht vorüber sind. Nirgends war die kulturelle Verknüpfung der Juden mit den übrigen Bewohnern des Landes so eng wie in Deutschland. Tausende deutscher Juden sind im Weltkrieg gefallen. Um so empörender die brutale, unmenschliche Behandlung, der sie nun ausgesetzt sind. Die Herrschenden Deutschlands konnten dem Volke kein Brot geben, so gaben sie ihnen Spiele. Wir aber werden nicht aufhören, für die Freiheit zu kämpfen. (Beifall.)

Sodann wird eine Entschlieung angenommen, welche die Ausführungen der Redner zusammensetzt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Das Kreisstrafgericht in Prag und die Staatsanwaltschaft in Prag übersiedeln in der Zeit vom 12. bis 23. April 1933 in das neue Justizpalais in Prag nach Pantrac. Im bisherigen Gerichtsgebäude wird weiterhin das Jugendgericht und die Presseabteilung der Staatsanwaltschaft (Zensur) amtiert. Außerdem verbleibt in dem bisherigen Gebäude das Bezirksstrafgericht und das Bezirkszivilgericht für Inner-Prag, die gleichfalls bisher in diesem Gebäude amtierten. Die Einlauffstelle des Kreisstrafgerichtes beginnt im Justizpalais am 18. April 1933 und die Einlauffstelle der Staatsanwaltschaft am 20. April 1933 zu amtieren.

Die Staatsbahndirektion in Prag fertigt in den Tagen vom 30. April bis 14. Mai Sonderfahrzüge zum Aufenthalt in Karlsbad zum Preise von 900 K, nach Stubb. Teplize zum Preise von 676 K und nach Siaz zu 776 K ab. Abfahrt von Prag 30. April, Rückkehr 14. Mai. Anmeldungen mit Angabe von 100 K beim Schalter 13 am Masaryk-bahnhof. Ebendort Informationen. Tel. Nr. 279-51.

Kunst und Wissen

Orchesterkonzert der Deutschen Musikakademie.

In instruktiver Ergänzung ihrer beiden letzten modernen Musikabende hatte die Deutsche Musikakademie dieses vorgestern im Böhmischen Veranstaltungszentrum der klassischen Musik gegeben. Die ausgeführten Werke repräsentierten Meisterleistungen ihrer Zeit und Schöpfer: G. F. Händels festerer gehörtes Concerto grosso in g-moll, Joh. Seb. Bachs Konzert für zwei Violinen in d-moll mit Streichorchesterbegleitung, eine der heute ganz in Vergessenheit geratenen Sinfonien (in D-Dur) von Phil. Em. Bach und schließlich Felix Mendelssohn-Bartholdys formidabile und langreiche Erste Sinfonie in e-moll. Beachtliches künstlerisches Niveau hatte die Ausführung dieses Meisterprogrammes durch das von Prof. Franz Sanger temperamentsvoll und mit straffer Hand geleitete Jüglings-Orchester, dem nur noch bessere dynamische Feinheit im Streicherchor zu wünschen ist. Unter den solistisch mitwirkenden Jünglingen Gertha Müller, Erich Brand, Vlad. Avramoff und Walter Wunsch (Violine) sowie Josef Metz (Cello) ragte namentlich die zuerst genannte Geigerin durch musikalischen Ernst und großen, warmen Ton hervor. Den Continuospart spielte auf einem vom Musikwissenschaftlichen Institut der Deutschen Universität zur Verfügung gestellten Reupert-Koncertembalo Adalbert Heller, rhythmisch nicht immer genau genug. Auch dieses Konzert war trotz seines hervorragenden Programms und billiger Eintrittspreise beschämend schwach besucht. E. J.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.

Freitag, 18 Uhr: „Mädchenjahre einer Königin“ (A 1.) — Samstag, 8 Uhr: „Orpheus.“ (A 1.)

Wochenplan der Kleinen Bühne.

Freitag, 8 Uhr: „Musik um Susi.“ (Kulturverbandsfreunde.) — Samstag, 18 Uhr: „Wetter verändertlich.“ (Erstaufführung.)

Deutsche sozialdemokratische Frauenorganisation Prag.

Montag, den 10. d. M., um 8 Uhr abends im „Monopol“

Frauen- und Mädchenabend.

Vortrag der Genossin Jette Müller über „Körperkultur der Frau“. — Alle bestimmt und pünktlich kommen.

Das Frauentomitee.

Sport • Spiel • Körperpflege

Für den Ausbau des Aufziger Stadions.

Das Prager Stadion darf nicht alle Subventionen an sich reißen!

Prag, 6. April. Im Gesundheitsauschuh des Abgeordnetenhauses hatte heute der tschechische Genosse Humhan über den weiteren Ausbau des Sportstadions in Prag referiert. Er forderte möglichst rasche Fertigstellung des Stadions. Genosse Müller erklärte hierzu in der Debatte unter anderem: Wir verstehen es, wenn in der heutigen Zeit jedes Land ein repräsentatives Sportstadion anstrebt. Wir sind deshalb auch für den Ausbau des Stadions in Prag, wünschen aber, daß der hierzu bewilligte Aufwand der Öffentlichkeit jeweils bekanntgegeben werde. Geheimnistuerien, wie sie bei den vom Staate bezahlten Arbeiten am Stadion vor dem Totofest üblich waren, lehnen wir strikte ab. Weiter sehen wir es als selbstverständlich an, daß das Stadion allen Verbänden zur Verfügung gestellt wird.

Als Deutsche fordern wir aber, daß, wenn für das Prager Stadion Millionen ausgegeben werden, auch im Randgebiete große Sportstadions geschaffen werden. Auch die tschechischen Menschen in der Provinz lehnen den falschen Zentralismus — „Alles für Prag“ — ab und fordern energisch die Berücksichtigung der Provinz. Es muß deshalb ein den Ausgaben für das Prager Stadion entsprechender Beitrag auch der Provinz zum Ausbau von würdigen Sportzentren zur Verfügung gestellt werden; das ist nur recht und billig.

Genosse Müller verwies dabei namentlich auf das bereits bestehende Aufziger Stadion, das die Stadt unter großen finanziellen Opfern errichtet hat, dessen weiterer Ausbau aber durch die trübe finanzielle Lage der Gemeinde unmöglich geworden ist. Das Aufziger Stadion, das infolge der zentralen Lage der Stadt das gegebene Sportzentrum der Randgebiete werden könnte, steht allen Nationen und allen Richtungen zur Verfügung. Sein Ausbau hätte auch für unseren Fremdenverkehr große Bedeutung. Dieses Wert der Stadt Aufzig wurde jedoch bis jetzt vom

Donnerstag 72 neue Leser unserer Presse.

Die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ verzeichnete Donnerstag, den 6. April, 72 neue Abonnenten. 72 Menschen, die an Stelle bürgerlicher Zeitungen, die den Faschismus und damit die Schandtat des Dritten Reiches in Deutschland entschuldigen oder gar verherrlichen, die sozialdemokratische Presse lesen. So werden durch die Verbreitung der Faschisten wieder Verteidiger der Demokratie gewonnen, denn der Mensch, der die Wahrheit über Deutschland liest, der achtet nicht nur den Faschismus, er wird auch zum Kämpfer für die Freiheit und das Recht. Die Wahrheit über Deutschland zu schreiben, ist und bleibt deshalb die wichtigste und vornehmste Pflicht der sozialdemokratischen Presse.

Staate überhaupt nicht subventioniert, obwohl seine große Bedeutung auch in der internationalen Sportwelt anerkannt ist. Auch die Sportwelt in der Provinz hat aber Anspruch auf Subventionen aus öffentlichen Mitteln!

Wir fordern die zuständigen Stellen und insbesondere den Herrn Minister auf, eine schlüsselmäßige Zuweisung der zur Verfügung stehenden Gelder zu veranlassen. Wir werden immer wieder auch auf diesem Gebiete die Gleichberechtigung auch der deutschen Provinz verlangen. Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Ausbau des Prager Stadions zustimmen!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Berlon-Gummibälge trägt, wird nicht über Müdigkeit klagen. Berlon-Gummibälge geben einen elastischen, angenehmen Gang, sind nervenschonend, dauerhaft und billig. 100

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Gruppe I, Dienstag, den 11. April, öffentliche Jugend-Versammlung. Referent Genosse Geißler, Tepliz. Lokal: Kleiner Urania-Saal, Prag II., Smechy. Beginn: 8 Uhr.

Unser Blatt der „Sozialdemokrat“

ist in Prag in folgenden Vertriebsstellen zu haben:

- Bahnhofsbuchhandlung, Wilsonbahnhof, Masarykbahnhof, Denlsbahnhof.
- Bariák, Trafik, Prag II., Týšnov 2.
- Burok Hugo, Trafik, Prag I., Staroměstské náměstí 32.
- Hodrova, Trafik, Smichov, nábř. leglí 13.
- Jelinkova, Trafik, Nusle II., Mostné domy „Reformy“.
- Kotyza Jan, Trafik, Smichov, Zborovská tř. 13.
- Krausova A., Trafik, Karlin, Královská 14.
- Krejčík A., knihkupectví, Prag-Lieben, Královská 1511.
- Kroupa Jindř., Trafik, Prag II., Rašínovo nábř., stánek 114.
- Löwensohn Karl, Trafik, Prag II., Nekazanka 8.
- Mareš Josef, knihkupectví, Prag-Bubeneč, ul. Dr. Bráfa 24.
- Monik, Trafik, Prag I., Parlament.
- Mráčková, Trafik, Prag II., Josefská tř., stánek 127.
- Mráz Jan, Smichov, Radlická tř. 43.
- Orbis A.-G., Zeitungsvertrieb, Praha XII., Fochova tř. 62.
- „Praga“, Zeitungsvertrieb, Prag II., Havlíčkovo nám. 23.
- Sedláč Václav, Trafik, Dejvice, Svecova.
- Skrabkova Anna, Trafik, Dejvice, Henerovy úřednické domy 280.
- Štrouhal Artur, Trafik, Prag III., Mostecká 40.
- Tausig E., Zeitungsvertrieb, Prag II., Václavské nám. 45.
- Ungermann Rudolf, Prag II., Panská bei Palasthotel.
- Ustřední děln. knihkupectví, Svěcený, Prag II., Hybernská 7.
- Zemann, Trafik, Prag I., Perštýn.
- Fenzl, Zeitungsvertrieb, Prag II., Smechy 8-10.
- Und bei Straßenverkäufern: Wenzelsplatz — Másteč — Masarykbahnhof — Wilsonbahnhof.

KINO-PROGRAMM

vom 7. April bis 13. April 1933.

Wran-Urania-Kino

„Hoheit amüsiert sich“
Lien Deyers, Georg Alexander.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Spairng)
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.